

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 50 November 2024

KLIMA

Die wahren Emissionen der Rohstoffhändler

Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Ariane Bahri (F)

—

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

—

COVER
©ANP via AFP

—

DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

—

AUFLAGE
D: 27 500 Ex. / F: 10 300 Ex.

—

ISSN
2504-1266

—

KONTAKT
Public Eye
Dienersstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

—

Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

—

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Klima? Für Glencore und Co. kein Thema

Vor acht Jahren, im September 2016, erschien die erste Nummer des Public Eye Magazins, der Nachfolgepublikation der «Erklärung» der früheren Erklärung von Bern. «Dirty Diesel» war die Titelgeschichte, eine bahnbrechende Recherche über giftigen Treibstoff aus den Zapfsäulen Schweizer Rohstoffhändler in Afrika. In diesen Seiten konnten Sie seither über einen Skandal mit Pestiziden von Syngenta im indischen Yavatmal, die miesen Arbeitsbedingungen beim chinesischen Fast-Fashion-Riesen Shein oder ein Handbuch zum Korruptionsparadies Schweiz lesen. Zur Feier der 50. Ausgabe des Magazins finden Sie in der Heftmitte einen Rückblick auf die Cover der letzten Jahre.

In dieser Zeit ist viel passiert. Mit der Konzernverantwortungsinitiative brachte die Schweizer Bevölkerung ihren breiten Unmut über das Geschäftsmodell hiesiger Konzerne im Ausland zum Ausdruck. Eine wachsende Zahl an Kriegen fordert Tausende von Todesopfern. Und seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 wächst das Bewusstsein für die Bedrohlichkeit der Klimakrise. Gerade die einkommensschwächsten Weltregionen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben, sind am stärksten davon betroffen.

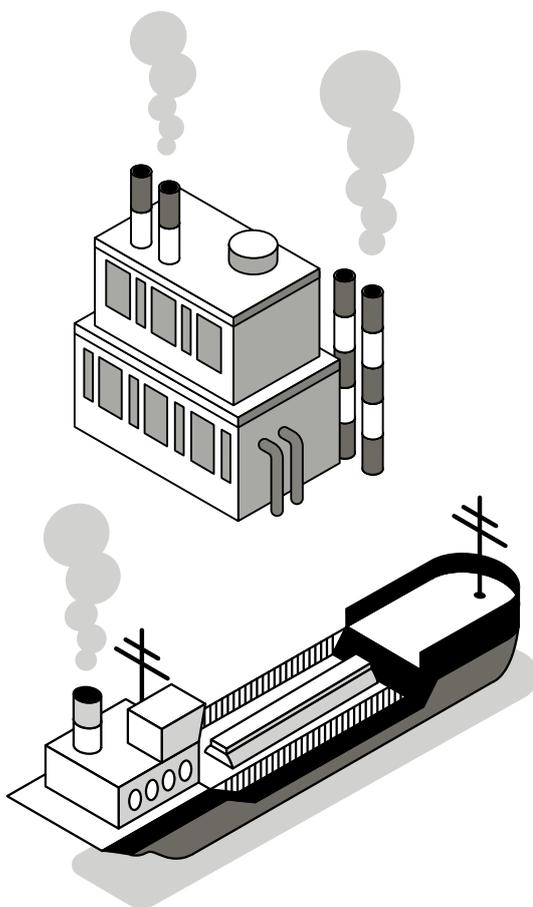
Die Rolle der kleinen Schweiz ist auch beim Klima nicht so unbedeutend, wie häufig behauptet wird. Mit den ansässigen Rohstoffkonzernen verfügt das Land über so etwas wie seine eigenen «Oil Majors». Unternehmen wie Vitol, Trafigura, Glencore und Co. handeln täglich Millionen von Tonnen Kohle, Öl und Gas. Wir zeigen in diesem Magazin den wesentlichen Beitrag auf, den «unsere» Rohstoffhändler damit an die Klimaerhitzung leisten.

Seit dem ersten Public Eye Magazin hat allein Glencore den Ausstoss von rund 8 Milliarden Tonnen CO₂ mitverantwortet. Das ist mehr als der Beitrag des weltweiten Flugverkehrs in dieser Zeit. Doch der Rohstoffhandel hat nicht nur eine schmutzige Vergangenheit, sondern auch eine dreckig-fossile Zukunft, solange der politische Druck fehlt. Während erneuerbare Energien das Gebot der Stunde sind, investieren die Schweizer Rohstoffhändler freudig in neue Erdölraffinerien und Kohleminen. Nach der Kohlepetition von verganginem Jahr fordert Public Eye nun von der Politik, die wahren Emissionen des Rohstoffsektors genauer in den Blick zu nehmen.

Manuel Abebe, Rechercheur

04 **Wie die Rohstoffhändler bei ihrer Klimabilanz tricksen**

2023 waren die Treibhausgasemissionen der Produkte der Schweizer Rohstoffhändler 100-mal grösser als jene der gesamten Schweiz. In ihren aufwendig produzierten Nachhaltigkeitsberichten beschönigen sie diese verheerende Klimabilanz. Und statt endlich ihr fossiles Geschäftsmodell zu erneuern, verkaufen Glencore und Co. neuerdings das vorgebliche Gegenmittel zur von ihnen mitverursachten Klimakrise: CO₂-Zertifikate.



15 **Verbotene Pestizide: Schweiz kontrolliert Exporte zu wenig**

Exklusive Daten der EU belegen, dass die Schweiz immer noch am Handel mit umweltschädlichen und gesundheitsgefährdenden Pestiziden beteiligt ist. Da die Hersteller nicht verpflichtet sind, ihre Exporte den Schweizer Behörden zu melden, herrscht nach wie vor Unklarheit über das tatsächliche Ausmass sowie die Empfängerländer.

20 **Libanons Ex-Notenbankchef und seine «Swiss Connection»**

Das libanesische Volk leidet seit Langem unter der korrupten Regierung. Der Fall Riad Salameh ist ein gutes Beispiel dafür. Salameh war bis 2023 Chef der libanesischen Notenbank und steht im Fokus einer internationalen Untersuchung, die ihr Epizentrum in der Schweiz hat.

26 **Gericht rügt Geheimdienst wegen Daten über Public Eye**

In den Datenbanken des Nachrichtendienstes des Bundes ist Public Eye mit unzähligen Einträgen vermerkt, obwohl politische Überwachung seit dem Fichenskandal explizit verboten ist. Nun fordert das Bundesverwaltungsgericht vom Geheimdienst Nachbesserungen.

32 **Kein Zucker in Babynahrung! Unsere Petition an Nestlé**

Im April löstete Public Eye den Schleier von Nestlés Doppelmoral beim Zusatz von Zucker in Babynahrung und löste damit weltweit Empörung aus. Diesen Herbst übergaben wir unsere Petition mit 105 000 Unterschriften an den Hauptsitz von Nestlé in Vevey.

100-mal die Schweiz: die ungeschönte Klima- bilanz der Schweizer Rohstoffhändler



Dass Schweizer Rohstoffkonzerne täglich Millionen Tonnen Kohle, Öl und Gas handeln, ist inzwischen bekannt. Weniger aber, wovon sie in ihren Nachhaltigkeitsberichten abzulenken versuchen: 2023 waren die Treibhausgasemissionen ihrer Produkte 100-mal grösser als jene der gesamten Schweiz. Das zeigen erstmalige Schätzungen von Public Eye. Doch statt ihr fossiles Geschäftsmodell zu reformieren, verkaufen Vitol und Co. neuerdings einfach das vorgebliche Gegenmittel zur von ihnen mitverursachten Klimakrise: CO₂-Zertifikate.

MANUEL ABEBE UNTER MITARBEIT VON ROBERT BACHMANN UND ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Jedes Jahr, meist im Frühling, begeben sich die grössten Schweizer Rohstoffhändler auf einen Spiessrutenlauf. Sie schreiben Nachhaltigkeitsberichte auf Hochglanzpapier, die zwar immer dicker werden, aus denen aber etwas nicht zu sehr hervorscheinen darf: Ihr fossiles Kerngeschäft besteht aus dem Ankauf, Transport und Verkauf von Kohle, Öl und Gas. Neben den Erfolgsgeschichten über ihre Bildungsprogramme, Arbeitsplatzsicherheit oder Umweltmassnahmen erzählen sie seit einigen Jahren immer öfters auch von klimarelevanten Projekten. Denn spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen, das bis 2050 die Absenkung der klimaschädlichen Netto-Treibhausgasemissionen auf null vorsieht, ist dieses gesellschaftspolitische Thema für die PR-Profis der Firmen ein potenzielles Pulverfass.

Public Eye hat den Klimateil dieser Berichte genauer gelesen und zu verstehen versucht, wie die fünf grössten Schweizer Rohstoffkonzerne ihr Geschäftsmodell klimaverträglich gestalten wollen. Die Lektüre war entlarvend: Mittels beschönigender Methoden und wohlklingender Worthülsen kaschieren die Konzerne Glencore, Gunvor, Mercuria, Trafigura und Vitol, dass ihre fossilen Energieträger ganz wesentlich zu einem der drängendsten Umweltprobleme beitragen. Deshalb haben wir selbst nachgerechnet. Mit erschreckendem Fazit: Die durch ihre Rohstoffe verursachten Klimaschäden überstiegen diejenigen der gesamten Schweiz im Jahr 2023 etwa um das 100-Fache. Auch ihre selbst gesetzten Klimaziele und die von den Rohstofffirmen vorgeschlagene Lösung, die Klimakompensation, halten inhaltlich wie kalkulatorisch den anstehenden Herausforderungen kaum stand.

Die letzte fossile Party?

In den letzten Jahren bescherten Corona, Krieg und Krisen den Rohstoffhändlern historische Rekordgewinne, die es zu verteilen galt. Zunächst haben die Firmen Milliardenbeträge als Dividenden und Boni ausgeschüttet, alte Schulden beglichen und Hunderte Millionen US-Dollar an Korruptionsstrafen abbezahlt. Doch die Kassen sind noch immer prall gefüllt, womit theoretisch auch genügend Mittel für die notwendige Transformation vom fossilen hin zu einem klimaverträglichen Geschäftsmodell vorhanden wären.

Praktisch offenbarten vier der Firmen vergangenen August jedoch andere Prioritäten. So kaufte sich der Genfer Konzern Trafigura zum Monatsbeginn eine neue Erdölraffinerie. Dann legte Ölhändler Vitol kräftig nach und übernahm eine bedeutende Kohlehandelsfirma. Nur wenige Tage später verkündete Glencore nicht nur, dass Kohle weiterhin sein wichtigstes Geschäftsfeld bleibe: Mit der Übernahme bedeutender kanadischer Minen baute der Zuger Konzern diese Sparte sogar noch aus. Schliesslich vermeldete Gunvor einen

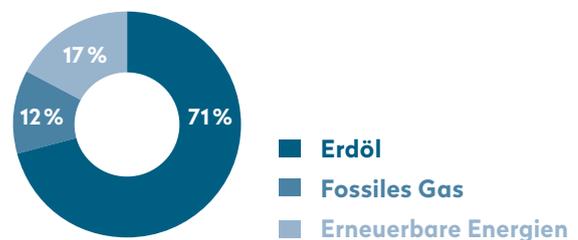
neuen Ölhandelsrekord und die Aufstockung seines Ölhandelsteams. Und das alles in jenem Sommermonat, in dem zum 15. Mal in Folge ein globaler Hitzerekord gemessen wurde.

Freiwillig fliesst von den Übergewinnen der Krisenjahre also viel zu wenig in echte Alternativen. Stellvertretend dafür steht die Investitionspolitik von Vitol. Der Genfer Branchenprimus lenkte letztes Jahr über vier Fünftel seiner Gelder in den Ausbau seiner Geschäfte mit fossilen Energieträgern, wobei allein in den Erdölbereich mehr als 8 Milliarden US-Dollar flossen.

Wenig Geld für die Zukunft

Vitol investierte 2023 weniger als ein Fünftel seiner Mittel in erneuerbare Energien.

Quelle: Vitol



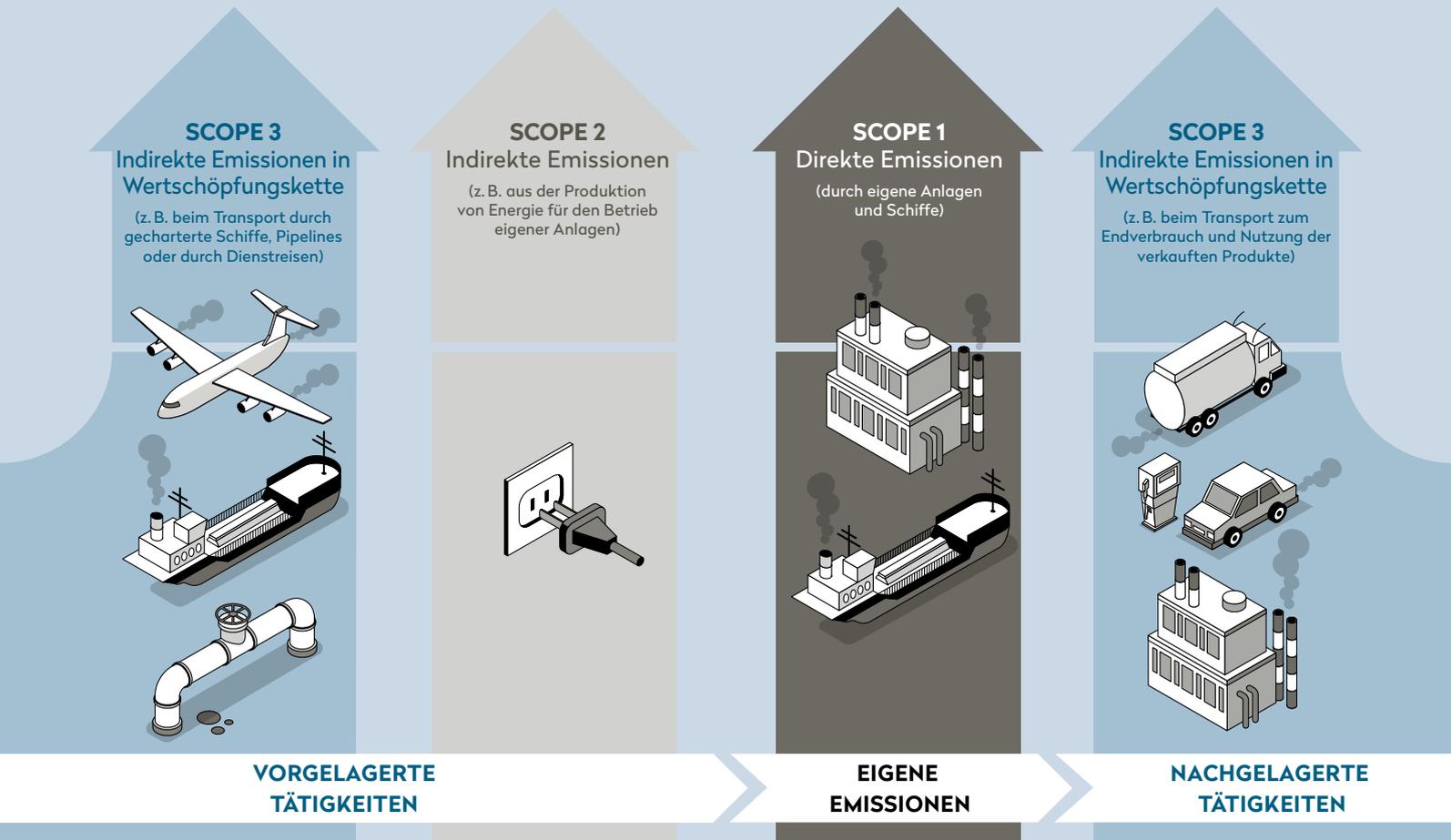
Kurzfristig sehe Vitol tatsächlich keinen Rückzug aus dem fossilen Geschäft vor, sagte der Schweiz-Chef kürzlich auch der Westschweizer Wirtschaftstageszeitung «L'Agefi». Freilich nicht ohne die Verantwortung dafür an staatliche Stellen abzuschieben: «Es sind nicht wir Händler, die Energiepolitik machen, sondern die Regierungen.»

Die versteckten indirekten Emissionen

Aber ist der Einfluss der Schweizer Rohstoffhändler aufs Klima tatsächlich so gering? Ihre Nachhaltigkeitsberichte sollten eigentlich Klarheit darüber schaffen, mit wie viel Kohlenstoffdioxid (CO₂) die Firmen die Atmosphäre verschmutzen. Doch für Public Eye erwies es sich als äusserst schwierig bis unmöglich, darin verlässliche, vollständige Informationen zum Treibhausgasausstoss der grössten Schweizer Klimasünder zu finden. Der Teufel steckt im vermeintlichen Detail: bei den indirekten Emissionen.

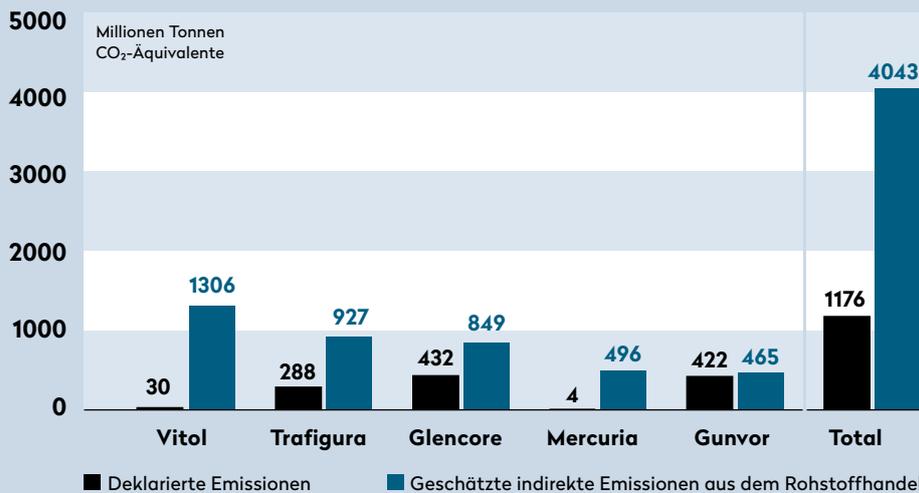
Direkte Emissionen entstehen während der vom Konzern kontrollierten Produktion, bei Rohstoffhändlern also beim Betrieb einer Kohlemine oder Erdölraffinerie. Obwohl die untersuchten Schweizer Firmen in dieser Stufe heute schon einen wachsenden Beitrag leisten, ist diese Emissionskategorie bei ihnen vergleichsweise klein. Viel gewichtiger sind ihre indirekten Emissionen in der Wertschöpfungskette, im Jargon «Scope 3» genannt. Sie entstehen an verschiedenen Stellen, beispielsweise bei der Flugreise zum nächsten Deal oder beim Transport

Die Kategorisierung der Emissionen von Rohstoffhändlern



Die Klimaschäden rausgerechnet

Indirekte CO₂-Emissionen der grössten Schweizer Rohstoffhändler lagen 2023 beinahe viermal höher als ausgewiesen.



Von den Firmen deklarierte Emissionen (direkt und indirekt) versus die von uns geschätzten indirekten Emissionen aus der Nutzungsphase der der 2023 gehandelten Menge Kohle, Öl und Gas. Da die Schätzung nur den Verbrennungsteil der indirekten Emissionen enthält, liegt sie deutlich tiefer als die effektiv anfallenden Treibhausgase aller Konzernaktivitäten. Die Schätzung von Mercuria bezieht sich auf das Jahr 2022, weil die Firma seit 2023 keine Informationen mehr über ihre gehandelten Rohstoffe publiziert hat.

Berechnungsmethode

Die Menge CO₂, die bei der Nutzung einer Tonne Kohle, Öl oder Gas entsteht, ist weitgehend konstant. Gängige Methoden berechnen die indirekten Treibhausgasemissionen deshalb anhand eines einheitlichen Emissionsfaktors pro Energierohstoff, der mit dem verkauften Volumen multipliziert wird. Die Kalkulationen von Public Eye beruhen folglich auf den von den Firmen veröffentlichten Handelsvolumen im Jahr 2023 und stützen sich auf die Methode und die Faktoren der führenden Branchenstudie «Carbon Majors». Deren Schätzungen gelten aus verschiedenen technischen Gründen als konservativ. Weil sich die Emissionen je nach Kohlesorte unterscheiden und die Händler diese Geschäftsdetails nicht preisgeben, hat Public Eye in diesem Bereich jeweils den tiefsten Emissionsfaktor für Kraftwerk Kohle gewählt.

der gehandelten Rohstoffe auf eigens dafür gecharterten Schiffen. Die weitaus wesentlichsten Treibhausgasemissionen entstehen jedoch nachgelagert in der Nutzungsphase. Denn hat ein Händler sein Öl oder Gas erst einmal verkauft, wird dieses zur Energiegewinnung immer von irgendjemandem irgendwo verbrannt (siehe Grafik links). Diese Emissionen sind folglich kein Nebenschauplatz, sondern ein integraler und materieller Bestandteil des Geschäftsmodells der Rohstoffhändler.

Doch statt diese indirekten Emissionen nachvollziehbar zu berechnen und sauber auszuweisen, greifen die meisten Konzerne beim heiklen Thema in die rhetorische Trickkiste. So hält es beispielsweise Mercuria schlicht für unnötig, sich überhaupt mit diesen hochrelevanten Zahlen zu beschäftigen. Die «einzigartige Rolle in der Wertschöpfungskette primär als Intermediär» habe die Genfer Handelsfirma bewogen, nicht über ihre indirekten Emissionen aus dem Rohstoffhandel zu berichten. Vitol wiederum rapportiert nur den einen Bruchteil seiner indirekten Emissionen, die beim Verbrennen von Rohstoffen aus eigenen Produktionsstätten entstehen. Glencore hält es ähnlich, kommt aber wegen seiner zahlreichen Kohleminen auf deutlich höhere Werte. Trafigura wagt noch ein wenig mehr Transparenz und rechnet die indirekten Emissionen der Verkäufe seiner eigenen Tankstellennetze mit. Doch keiner dieser Konzerne deklariert die indirekten Emissionen des gesamten Rohstoffhandels, des mit Abstand grössten Geschäftszweigs. Einzig bei Gunvor erscheinen die berichteten Zahlen vollständiger und damit glaubhafter.

«Diese Praxis verdeckt nicht nur den wahren Einfluss der gehandelten Rohstoffe aufs Klima, sondern nutzt auch veraltete Berichterstattungsrichtlinien aus», erläutert Frederic Hans vom deutschen NewClimate Institute die zweifel- und lückenhafte Rechenmethode der Firmen. Diese orientierten sich an einem über zehnjährigen und längst überholten Standard, der grosse Freiheiten in der Erfassung und Berechnung der indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette gewähre. Die Non-Profit-Organisation untersucht seit Jahren die Klimaberichte multinationaler Konzerne, und der Klimaspezialist konstatiert: «Indem Rohstoffhändler in ihren Berichten die indirekten Emissionen der Nutzungsphase weithin ausklammern, verdunkeln sie den grössten Teil ihres Klimafussabdrucks. Eine transparentere und wissenschaftlich genaue Berichterstattung ist dringend notwendig, damit Gesellschaft, Regierungen und Investoren die Auswirkungen des Geschäftsmodells Rohstoffhandel auf die Umwelt besser verstehen können.»

Der wahre Klimaschaden

Weil es die Rohstoffhandelskonzerne mit ihren indirekten Emissionen nicht so genau nehmen, haben wir selbst zum Taschenrechner gegriffen. Unsere auf den gehan-

delten Rohstoffvolumen basierenden Schätzungen sind konservativ und zeichnen dennoch ein düsteres Bild: Die indirekten Emissionen der fünf grössten Schweizer Rohstoffhändler beliefen sich im letzten Jahr – allein aus der verkauften Menge an Kohle, Öl und Gas – auf über 4 Milliarden Tonnen CO₂. Das entspricht beinahe dem 100-Fachen aller Treibhausgase, die in der Schweiz ausgestossen wurden (siehe Grafik links unten).

Bei Vitol liegen unsere Berechnungen über 40-mal höher als die vom Ölhandelsriesen selbst ausgewiesenen Klimaauswirkungen. Der Branchenprimus handelte 2023 täglich fast 1 Million Tonnen Erdöl und nochmals rund die Hälfte davon an Gas. Kohle soll auch darunter sein, aber Zahlen dazu liefert der verschwiegene Konzern keine. Insgesamt betragen die indirekten Emissionen seiner letztes Jahr gehandelten Rohstoffe über 1,3 Milliarden Tonnen CO₂. Die bei der Verbrennung des von Vitol verkauften Öls und Gases entstehenden Treibhausgase überstiegen damit sogar die Werte von Brasilien, dem Land mit den weltweit sechstöchsten Emissionen.

Die von Trafigura berichteten Werte liegen auch rund dreimal tiefer als unsere Schätzungen, jene von Glencore immerhin halb so tief. Der Handelskonzern Mercuria wiederum, der aufgrund seiner «einzigartigen Rolle» ja keinerlei indirekte Emissionen aus dem Rohstoffhandel ausweisen will, rapportiert für sein ganzes Geschäftsjahr gerade mal 4 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoss. Und liegt damit sagenhafte 120-Mal tiefer als von uns geschätzt. In seiner Antwort entgegnet Mercuria, dass der Konzern einen Reportingstandard verwende, in dem Angaben zu indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette freiwillig sind und dass die Firma ihre Berichterstattung zukünftig ausbauen wolle. Einzig der für 2023 grundlegend überarbeitete Klimabericht von Gunvor kommt den konservativen Schätzungen von Public Eye einigermaßen nahe. Diese offenbaren erstmals den wahren Beitrag des Schweizer Rohstoffsektors an die globale Klimakrise, deren ausserordentliche Schäden vornehmlich die einkommensärmsten Länder treffen.

«Pflasterli»-Projekte und Pseudolösungen

Geschönt und geschwurbelt wird in den Klimaberichten der Rohstoffhändler aber nicht nur bei den Emissionsdaten. Bei näherer Betrachtung zeigen sich auch bei konkreten Vorschlägen zur Verbesserung ihrer Klimabilanz gähnende Leerstellen. Die dargebotenen Ansätze und Teillösungen dümpeln im Anfangsstadium und sind in ihrer Summe meilenweit von jenen tiefgreifenden Reduktionsmassnahmen entfernt, die in diesem (auch klimapolitischen) Hochrisikosektor überfällig und notwendig wären.

Glencore beispielsweise plante in Australien fünf Jahre lang ein Projekt, welches das CO₂ eines Kohlekraftwerks am Kamin einfangen wollte, statt es in die Atmosphäre entfliehen zu lassen. Anschliessend sollte



Die Mine Hail Creek in Australien – eine von 15 aktiven Kohleminen von Glencore in Down Under.

© Matthew Abbott/Perenos

das Gas «einem Softgetränk ähnlich» und «ohne Folgen» in das örtliche Grundwasser gepumpt werden. Die Behörde kam aber zum Schluss, dass das Vorhaben «wahrscheinlich irreversible oder langfristige Veränderungen des Grundwassers» verursacht hätte, und verbot es. Doch selbst wenn das Pilotprojekt bewilligt worden wäre, hätte der Zuger Konzern über 1400 weitere solche Anlagen bauen müssen, um die Klimaschäden seiner aktuellen australischen Kohleproduktion aufzufangen.

Gunvor, Trafigura und Vitol setzen hingegen auf eine technische Umrüstung ihrer riesigen Hochseefloten. All diese Unternehmen halten fest, dass sie im Transportbereich über besonders grossen Einfluss verfügen. Trafigura etwa will bis 2030 emissionsärmere Antriebe einsetzen, allerdings nur gerade in 6 seiner 400 Schiffe. Gunvor vertraut derweil auf eine verbesserte Reinigung seiner Schiffshüllen und Propeller für deren energieeffizienteren Betrieb und setzt zudem auf eine optimierte Routenplanung. Die Massnahmen beider Firmen reichen gemäss eigenen Angaben aber aktuell nicht einmal aus, um die Minimalreduktionen zu erbringen, die von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation für den Sektor vorgesehen sind.

Mercuria hingegen vertraut auf eine weit weniger aufwendige Massnahme als solche technologischen Lösungsansätze: die Klimakompensation. Der Händler kauft sich also die Effekte von anderswo vorgenommenen Klimamassnahmen systematisch ein, statt die eigenen Emissionen zu reduzieren. Er beteuert, dadurch bei

den direkten Emissionen heute schon CO₂-neutral zu operieren. Das voranschreitende Problem ihrer Klimaschädlichkeit einfach «wegzukaufen», wird für immer mehr Rohstoffhändler attraktiv. So planen mittlerweile auch Trafigura, Gunvor und Glencore, sollten ihre «Pflasterli»-Projekte nicht ausreichen, zumindest langfristig den Kauf von Kompensationen.

Kein Ziel oder weit daran vorbei

Nützliche Klimaberichte halten in klar definierten Etappen fest, bis wann ein Unternehmen wie viel Treibhausgase wo genau reduzieren will. So ist für Analyst*innen wie Aussenstehende transparent und überprüfbar, ob und wie das jeweilige Geschäftsmodell die aktuellen klimapolitischen Rahmenbedingungen erfüllt. Unsere Analyse offenbart, dass bei den Schweizer Rohstoffhändlern immer noch ganz andere Vorstellungen und Massstäbe vorherrschen. So setzen sie ihre Klimaziele erstaunlich tief. Oder sie setzen gar keine, dann können sie auch nicht verfehlt werden. Nur einer der fünf untersuchten Konzerne hat sich für alle direkten und indirekten Emissionen eine zeitliche Zielgrösse für deren Reduktion gesetzt.

Mercuria hat sich zwar bis 2050 «Netto-Null» vorgenommen. Doch wie der Weg dorthin aussieht, bleibt völlig unklar – ebenso wie die Frage, ob der Händler sich dafür weiterhin Kompensationen dazukaufen will. Dass die indirekten Emissionen aus dem Rohstoffhandel nicht mitgemeint sind, gilt bei Mercuria aber auch hier. Vitol macht es genau umgekehrt: Der umsatzstärkste Schweizer



Ein Öltanker von Trafigura, eines von 400 Schiffen des Schweizer Konzerns, verlässt den Hafen der texanischen Stadt Corpus Christi.

Konzern setzt sich nichts anderes als ein Teilziel bis Ende 2024. Und weil es nur einen kleinen Geschäftszweig betrifft, kann er es sogar erreichen, sollten die Gesamtemissionen steigen. Für die Jahre danach macht die Firma aber keinerlei Prognosen oder Zugeständnisse.

Doch selbst beim einzigen Konzern, der sich für alle Emissionen zeitliche Reduktionsziele gesetzt hat, kommen bei der Lektüre des Nachhaltigkeitsberichts starke Zweifel auf. Man merkt diesem an, dass die Aktionär*innen Glencore zu einem konkreteren Klimaziel verknurrt haben. Der Konzern räumt nämlich ein, dass seine Ziele «nicht auf Linie» sind mit jenen Reduktionen im Energiesektor, die für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens erforderlich wären. Der Zuger Gigant versucht diesen Grundwiderspruch aber gleich zu relativieren, indem er das entsprechende Szenario der Internationalen Energieagentur als «zunehmend unrealistisch» diskreditiert.

«Wir waren besorgt, dass der Konzern ein nicht repräsentatives und überhöhtes Referenzjahr verwendet», ordnet Naomi Hogan am Telefon ein. Die Vertreterin des australischen Zentrums für Konzernverantwortung hatte mit einer Resolution an der Generalversammlung von Glencore gegen die ambitionslosen Klimaziele protestiert. Laut Hogan misst das Unternehmen seinen Fortschritt gegenüber einem Jahr, in dem der Konzern Treibhausgase einer kolumbianischen Mine mitgerechnet hat, die es später verkauft hat. «Mit einer überhöhten Referenz zu rechnen, bedeutet, dass Emissionen in einem

typischen Geschäftsjahr nun wie eine Reduktion aussehen und die Klimaziele einfacher zu erreichen sind», gibt Hogan zu bedenken. Sie unterstreicht: «Die Emissionen im Referenzjahr neu zu berechnen, ist für eine genauere Sicht notwendig.» Glencore hält auf Anfrage fest, dass der Konzern die Referenz als repräsentativ für seine Produktion und seine Emissionen hält. Die mangelnde Bereitschaft, die Rechnung anzupassen, so Hogan, spiele Investor*innen die Illusion von Fortschritt vor.

Ambitionslose Wahl des Referenzjahres

Auch Gunvor setzt auf diesen Trick. Während der Corona-Pandemie hat der Handelskonzern aus wirtschaftlichen Gründen eine Raffinerie definitiv stillgelegt, wodurch sich die direkten Treibhausgasemissionen des Händlers auf einen Schlag um über ein Drittel reduzierten. Das kommt Gunvor heute noch zugute, denn er berechnet sein Klimaziel für 2025 auf der Vor-Corona-Basis von 2019 und hat dieses deshalb seit Jahren erreicht. Auf Anfrage erklärte Gunvor, dass weitere Stilllegungen von Raffinerien die direkten Emissionen zwar signifikant reduzieren würden, der Händler das aber nicht als Fortschritt betrachte, da beispielsweise Arbeitsstellen verloren gehen könnten. Mit einer Gegenfrage illustriert der Ölhändler sein Ambitionsniveau bei der Erreichung der Klimaziele: «Wenn Gunvor ein Gaskraftwerk kauft, wie wir es dieses Jahr in Spanien gemacht haben, und unsere Scope-1-Emissionen ansteigen – werden wir dann angeschuldigt, gescheitert zu sein?» →

Schwach bis sehr schwach

Zusammenfassung der Bewertung der Klimaberichte der fünf grössten Schweizer Rohstoffhändler durch Public Eye.

KONZERN	JAHRESUMSATZ 2023 (MRD. US-DOLLAR)	TRANSPARENZ DES KLIMABERICHTS	INTEGRITÄT DER ZIELE UND LÖSUNGEN
VITOL	400	Schwach	Sehr schwach
TRAFIGURA	244	Schwach	Sehr schwach
GLENCORE	217	Moderat	Schwach
MERCURIA	Unbekannt	Sehr schwach	Sehr schwach
GUNVOR	150	Schwach	Sehr schwach

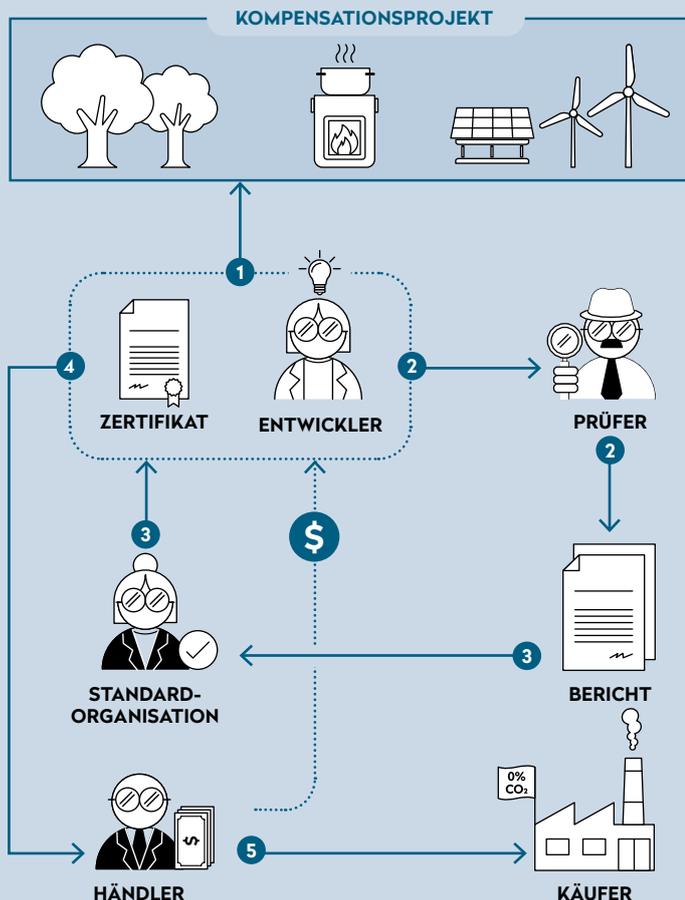


Die detaillierte Bewertung der einzelnen Berichte finden Sie in der Onlineversion dieses Berichts: publiceye.ch/klimabilanz-rohstoffhaendler

Bewertungsmethode

Public Eye hat die Klimaberichte anhand einer Methode des deutschen NewClimate Institute analysiert. In den vier wesentlichen Bereichen Emissionsdaten, Klimaziele, Reduktionsmassnahmen und Verantwortung für nicht reduzierte Emissionen wurde beurteilt, ob die Firmenangaben transparent und die geplanten Lösungen mit dem Pariser Klimaziel kompatibel, also «integer», sind. Auf einer fünfstufigen Skala von «sehr schwach» bis «hoch» wurde jeder dieser Aspekte bewertet. Die Noten stellen die Einschätzung von Public Eye auf Grundlage der bestverfügbaren öffentlichen Firmenquellen dar.

Wie der Handel mit CO₂-Zertifikaten abläuft



1. Der **Entwickler** entwirft und setzt das Kompensationsprojekt um. Insbesondere berechnet der Entwickler, welche Menge CO₂ im Projekt kompensiert wird. In einigen Fällen sind Rohstoffhändler auch Entwickler.

2. Ein vom Projektentwickler bezahlter **Prüfer** erstellt einen Bericht, der die Richtigkeit der berechneten Kompensationswirkung bescheinigt.

3. Auf Basis des **Prüfberichts** wird das Projekt in ein Verzeichnis von Kompensationsprojekten aufgenommen und erhält von einer **Standardorganisation** Klimazertifikate ausgestellt.

4. Der Entwickler verkauft die **CO₂-Zertifikate** weiter, meistens an einen Händler, zum Beispiel einen Schweizer Rohstoffhändler. Der Preis und andere Vertragsbedingungen bleiben dabei geheim.

5. **Händler** nutzen die Zertifikate nicht selbst, sondern verkaufen diese weiter an Endkäufer, meist andere Konzerne, die ihre Emissionen kompensieren wollen. Indem sie die Zertifikate stilllegen und ausser Kraft setzen, rechnen sie sich die Kompensationseffekte der Projekte an.

Planung und Umsetzung eines **Kompensationsprojekts** setzen finanzielle Mittel voraus. Nicht selten finanzieren Händler die Entwicklung vor und sichern sich Exklusivverträge für die Zertifikate.

Public Eye hat die Klimaberichte der Big Five bezüglich Emissionsdaten, Klimazielen, geplanter Massnahmen und weiterer Belange systematisch ausgewertet. Hinsichtlich Transparenz als auch Tauglichkeit der präsentierten Ziele und Massnahmen beurteilen wir sie grösstenteils als schwach oder sehr schwach (siehe Tabelle links oben).

Bislang waren die Nachhaltigkeitsberichte für die Rohstoffhändler eine reine Alibiübung. Das soll sich nun ändern. Neue gesetzliche Bestimmungen sehen vor, dass ab 2024 die vom Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative betroffenen Firmen erstmals auch umfassend über Klimabelange informieren. Gemeint sind damit auch die indirekten Emissionen aus materiellen Geschäftszweigen, beim Rohstoffhandel also insbesondere diejenigen aus der Nutzungsphase der verkauften Produkte. Ob die grossen Leerstellen und Fragezeichen, welche die bisherigen Berichte der Rohstoffkonzerne diesbezüglich prägen, strafrechtlich relevant sind und gebüsst werden können, wird bald zu klären sein.

Die Klimakrise als Geschäftsmodell

Während die Rohstoffhändler die wahren Umweltkosten ihrer lukrativen Geschäfte mit Kohle, Öl und Gas weiter wegzulächeln versuchen, werden die Schäden der globalen Erwärmung immer spür- und messbarer. Jede Dürre, jede Überschwemmung und jede Hitzewelle erhöht den (inter)nationalen politischen Druck, dem fossilen Geschäftsmodell der Rohstoffhändler ein Ende zu bereiten. Um entsprechenden Regulierungen zuvorzukommen und auch um weiter profitabel zu bleiben, sind sie auf der Suche nach neuen weltweit handelbaren Rohstoffen, am besten solchen mit grünem Anstrich. Wenn Sie jetzt an Kobalt, Lithium oder Wasserstoff denken: Die für ihren Innovationsgeist bekannten Trader haben schon einen ganz anderen gefunden.

Laut ihrem Erfinder ist die CO₂-Kompensation «ein sehr komischer Rohstoff, den man nicht sehen, nicht riechen und nicht fühlen kann». Früher wären die Schweizer Händler bei solch luftigen Eigenschaften wohl skeptisch geblieben. Doch heute scheinen sie die Vorzüge eines Rohstoffs zu schätzen, der primär auf Papier existiert und nicht aufwendig gelagert und transportiert werden muss, sondern einfach in einem Ordner abgelegt werden kann. Und das alles mit einem grünen Schein.

Enthüllungen um ein Projekt der Schweizer Firma South Pole in Simbabwe offenbarten 2023, auf welchem Versprechen letztlich alle Klimakompensationen beruhen. Klimagase sollen an einem Ort mit gutem Gewissen ausgestossen werden können, solange dafür an einem anderen Ort Wälder erhalten, erneuerbare Energien generiert oder neue Bäume gepflanzt werden. Durch diese Kompensationsmassnahmen soll bereits ausgestossenes CO₂ gebunden oder neue Emissionen verhindert oder we-

nigstens verringert werden. Die daraus entstehenden Zertifikate können Endnutzer kaufen und stilllegen, um ihren Treibhausgasausstoss wettzumachen. Reduzieren müssen sie ihn dafür aber nicht. Dass die Projekte am anderen Ort billiger umzusetzen sind als dort, wo die Emissionen entstanden sind, ist die zentrale Vorbedingung fürs funktionierende Geschäft mit Klimakompensationen.

Der Handel mit Zertifikaten ähnelt jenem mit fossilen Rohstoffen nicht nur darin, dass diese meist aus Weltgegenden stammen, die sie nicht selbst verbrauchen. Auch die Preise der Kompensationen sind äusserst volatil und können sich innert kurzer Zeit verdoppeln oder verdreifachen. Aus diesen Schwankungen Profit zu schlagen, ist das Grundgeschäft jedes Rohstoffhändlers. Zudem gilt Verschwiegenheit auch auf dem Zertifikatsmarkt viel. Von fünf Kompensationsdeals werden Schätzungen zufolge vier ausserhalb der Börse und damit faktisch in völliger Verborgenheit abgewickelt.

Der Hauptgrund, weshalb die Schweizer Rohstoffhändler nun im grossen Stil in den Kompensationsmarkt einsteigen, ist aber ihr Glaube an dessen profitable Zukunft. Immer mehr Länder rechnen dem Versprechen der Zertifikate im politischen Massnahmenstrass gegen die Klimakrise eine zentrale Bedeutung zu. Mit den attraktiven Rahmenbedingungen steigen auch die Preise, es lockt der nächste Rohstoffboom. Frei nach dem Motto: Je früher und höher die Investitionen, desto grösser der Return. Es ist wohl eher diese Logik, welche die Rohstoffhändler in den Kompensationsmarkt treibt, als die Sorge um das Klima oder das Firmenimage.

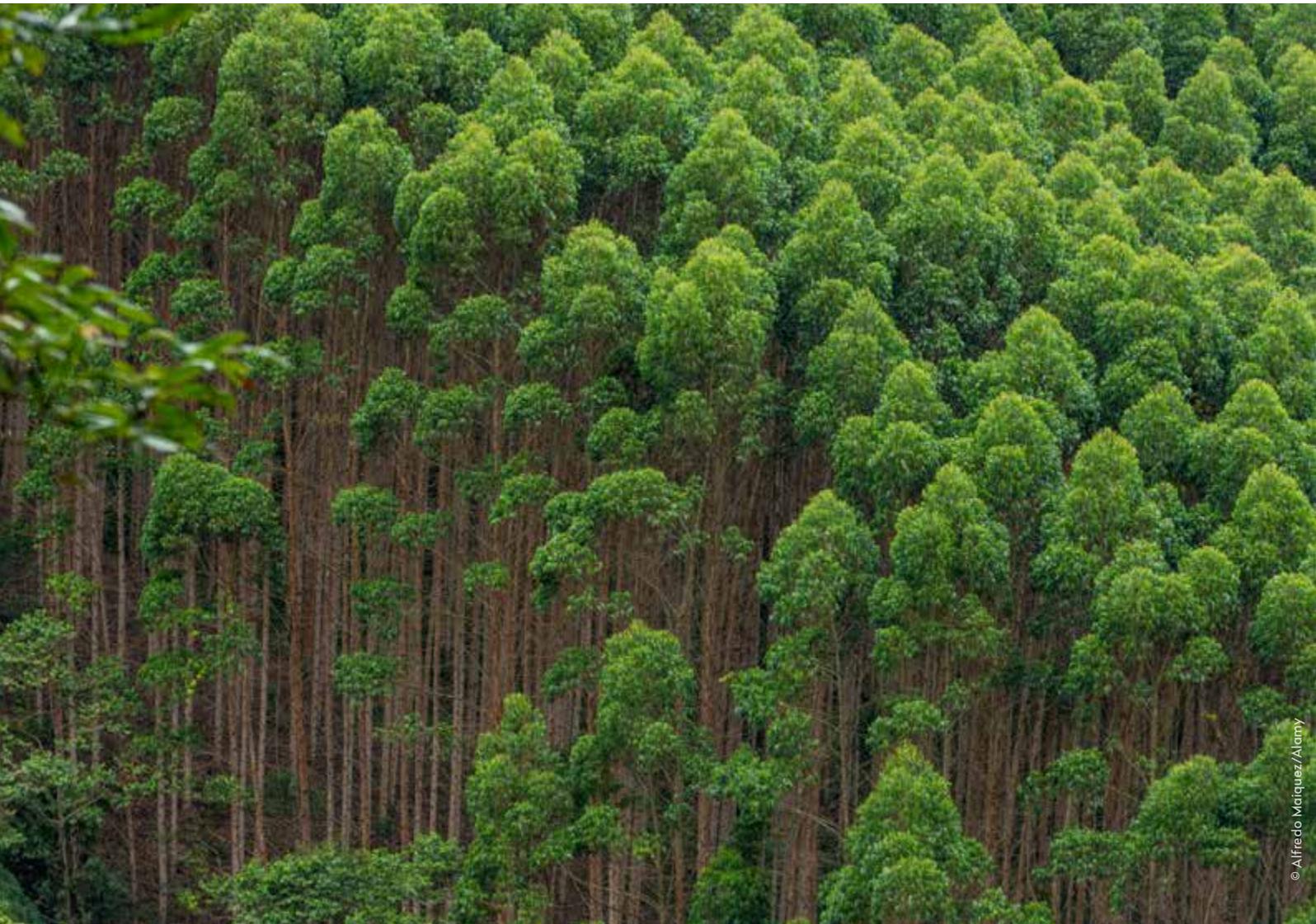
Kochherde fürs Klima

«Man weiss wirklich nicht, wie viele und welche Akteure überhaupt involviert sind und wie viel Geld sie erhalten. Die Spur des Geldes im Kompensationshandel zu verstehen, bleibt eine grosse Herausforderung», so Trishant Dev vom Centre for Science and Environment in Neu-Delhi. Er hat einen ausführlichen Bericht über Kompensationsprojekte in Indien verfasst. Das Land gehört zu den weltgrössten Produzenten von Klimazertifikaten. Doch bei seinen Recherchen hatte er Schwierigkeiten, herauszufinden, bei welchen Händlern die CO₂-Zertifikate am Schluss eigentlich landen. «Es ist wie ein schwarzes Loch.»

In einem Fall konnte Dev den Käufer ausfindig machen. Es geht um einen Vertrag zwischen einer indischen Firma, die Klimaprojekte entwickelt, und Vitol. Der Konzern hatte im April 2022 die Kompensation von 11 Millionen Tonnen CO₂ gekauft. Als Gegenleistung verpflichtete sich die indische Firma dazu, 600 000 Kochherde auf dem Subkontinent zu verteilen. Damit soll in fünf Jahren der Treibhausgasausstoss kompensiert werden, den 10 Millionen Flugreisen von Zürich nach New York verursachen. Es lässt sich zwar nicht eindeutig festmachen, von wo genau Vitols Kompensationen stammen,



© Joanno B. Pinneo/Alamy



© Alfredo Matiquez/Alamy

doch Dev hat zahlreiche Kochherdprojekte der Entwicklerfirma in Zentralindien besucht. «Viele der involvierten Haushalte wissen gar nicht, dass sie Teil eines Kompensationsprojekts sind. Zudem werden die Kochherde oft gar nicht verwendet», schildert er seine Beobachtungen.

Das klimaschonende Prinzip hinter den Kochherden ist simpel. In vielen einkommensärmeren Ländern wird in einer simplen Feuerschale oder auf offenem Feuer gekocht. Dabei gibt die verbrennende Holzkohle ihre Hitze in alle Richtungen ab; einerseits geht so Energie verloren und andererseits entsteht giftiger Rauch und Russ, der besonders in Innenräumen ein grosses Gesundheitsrisiko darstellt. Verteilt eine Firma energieeffiziente Kochherde, resultiert nicht nur weniger Rauch, sondern auch eine CO₂-Ersparnis. Im Kompensationsmarkt können Projektentwicklungsfirmen anhand geltender Standards diese Reduktion selbst berechnen und nach Prüfung eines unabhängigen Auditors sich von Zertifikatsregistern entsprechende Klimazertifikate bescheinigen lassen, die sie weiterverkaufen können (siehe Grafik Seite 10 unten).

«Die Annahmen in diesen Berechnungen und die lückenhafte Verwendung der Kochherde tragen dazu bei, dass man die dadurch erzielte Emissionsreduktion deutlich überschätzt», erklärt Benedict Probst. Der Umweltökonom am Max-Planck-Institut in München hat mit Forschenden der ETH Zürich und elf weiteren Hochschulen untersucht, wie viele der ausgestellten CO₂-Zertifikate in den gängigen Arten von Klimaprojekten wissenschaftlichen Standards standhalten. Dabei kamen die Kochherdprojekte mit am schlechtesten weg: Nur gerade 11 % dessen, was die Klimazertifikate bescheinigen, stellen tatsächlich eingesparte Emissionen dar.

Ungeachtet dieser ernüchternden Befunde fördert der Ölriese Vitol, der eines der von der Wissenschaft kritisch evaluierten Vorhaben vorfinanziert und dafür Vorstudien durchgeführt hat, im grossen Stil weiter solche umstrittenen Projekte. Und das nicht nur in Indien, sondern auch in der Demokratischen Republik Kongo, in Kenia oder in Tansania. Auf Anfrage merkt der Konzern an, jeweils signifikante Sorgfaltsprüfungen durchzuführen und nur Projekte «der höchsten Qualität» durchzuführen. Das betreffende Projekte werde bald neu evaluiert. Über 2,1 Millionen Kochherde hat der Genfer Konzern

in Subsahara-Afrika in den letzten 20 Jahren verteilen lassen. Im Mai 2024 kündigte CEO Russell Hardy an, bis 2030 weitere 550 Millionen US-Dollar in Afrika zu investieren, zu einem wesentlichen Teil in eben solche Kochherdprojekte.

Bäume auf dem Reissbrett

Trafigura wandelt auf einem anderen Holzweg. Er ist erst 2021 in den Kompensationshandel eingestiegen und soll laut Bloomberg innerhalb von nur drei Jahren zum Branchenprimus aufgestiegen sein. Sein Schlüssel zum Erfolg? Sogenannt naturbasierte Lösungen, unter anderem die grossflächige Aufforstung neuer Wälder. Gäbe es einen zweiten Amazonas, der CO₂ aus der Luft zieht, wäre die Klimakrise gebannt. Diese kühne Annahme liegt einem der Kompensationsprojekte zugrunde, die Trafigura in seinen Werbevideos zeigt.

Im Osten Kolumbiens, nahe dem Fluss Orinoco, finanziert der Konzern ein Projekt namens «Grüner Kompass». Millionen von Bäumen sollen in der Savanne gepflanzt werden, um einen neuen Wald von der Fläche des Zürichsees wachsen zu lassen. Damit er möglichst bald steht, vertraut Trafigura auf schnell wachsende Eukalyptusbäume. Was mutig und zupackend klingt, könnte sich jedoch bald rächen, denn Eukalyptus gilt als feuerfördernd und in den vergangenen Jahren ist es in der Region wiederholt zu verheerenden Waldbränden gekommen. Allein in einer zweimonatigen Trockenperiode vergangenes Jahr habe das Projekt knapp 200 Feuer bekämpfen müssen, sagt der Händler auf Anfrage. Man habe «signifikant in rigorose Feuerbekämpfungsmassnahmen investiert» und die Feuer hätten keine Folgen für die bepflanzte Fläche gehabt. Doch ob die Bäume ihre vorgesehenen 30 Jahre überdauern werden, ein für ein wirkungsvolles Klimaprojekt ohnehin zu gering angesetzter Zeitraum, ist also völlig offen.

Nichts aus South-Pole-Skandal gelernt

Genau diese Frage der Langfristigkeit der Emissionsreduktionen steht für Klimawissenschaftler*innen wie Probst im Zentrum. Er glaubt zwar, dass Kompensationen langfristig eine gewisse Rolle spielen können. Doch nur wenn ihre Käufer vorher den grössten Teil der eigenen Emissionen reduziert haben und wenn diese Projekte dann das CO₂ auch langfristig speichern. Gerade bei Waldprojekten werde dieser Aspekt oft unterschätzt, etwa wegen Bränden, warnt der Forscher. «Es kann gut sein, dass in zehn Jahren viele der Zertifikate, die vielleicht tatsächlich Emissionsminderungen darstellen, gar keine Reduktionen mehr sind.»

Bei den Waldprojekten geht es noch einfacher, als Bäume zu pflanzen: mit dem blossen Versprechen, Bäume zu schützen oder zumindest weniger schnell abzuholzen. In entsprechenden Kompensationsprojekten

← In ihrem Haus in Tansania bereitet eine Frau auf einem klimaschonenden Kochherd eine Mahlzeit zu. Vitol hat in Subsahara-Afrika in den letzten 20 Jahren über 2,1 Millionen Kochherde verteilt.

← Im Projekt «Grüner Kompass» setzt Trafigura in Kolumbien auf einer Fläche so gross wie der Zürichsee auf schnell wachsende Eukalyptusbäume, wie sie hier in der Region Quindío gepflanzt wurden.

wird modelliert, wie viel Wald durch Rodung oder Brände in einer Region zukünftig verloren gehen könnte. Liegt die tatsächliche Entwaldung tiefer als vom Projektentwickler angenommen, entstehen CO₂-Zertifikate. Rund ein Viertel aller freiwilligen CO₂-Zertifikate weltweit, also für über 460 Millionen Tonnen, stammt gemäss einer Datenbank der Universität Berkeley in den USA aus solchen Projekten, die in Fachsprache als REDD+ bezeichnet werden.

Ein Grossteil davon ist wenig mehr als heisse, aber sehr lukrative Luft, denn oft überschätzen Projektverantwortliche, wie viel Wald verloren gehen soll. Beispielsweise indem sie historische Erfahrungen in vergleichbaren Gebieten beziehen, die einen bedrohlich hohen Waldverlust in der Projektregion vorhersehen. Tritt das düstere Szenario nicht ein, entstehen mehr CO₂-Zertifikate, als allenfalls gerechtfertigt wären. Die Abweichung in der eigenen Rechnung kann sich für Projektentwickler bezahlt machen, sie erhalten mehr Kompensationen für den Verkauf. Auch im Skandal um das Projekt von South Pole berichtete das Investigativmedium «Follow the Money» über solche Diskrepanzen.

Waldprojekte erzielen nur 7% der behaupteten Wirkung

Eine Studie der Universität Amsterdam untersuchte für 26 der grössten REDD+-Projekte, wie systematisch so die Kompensationseffekte überschätzt wurden. Sie haben nicht nur die angenommene, sondern auch die effektiv beobachtete Entwaldung berücksichtigt. Dabei kamen sie zum Schluss, dass die Waldprojekte nur 7% der Kompensationseffekte einhalten können, die ihnen zugerechnet werden.

Mercuria hat verkündet, bis 2030 eine halbe Milliarde US-Dollar in sogenannte Klimalösungen investieren zu wollen. Einen wesentlichen Teil davon steckt der Ölhändler trotz aller wissenschaftlichen Kritik in solche Waldschutzprojekte. In Brasilien etwa hat sich die Genfer Firma die exklusiven Kaufrechte für die CO₂-Zertifikate aus einem Regenwaldprojekt im Bundesstaat Tocantins gesichert. Sofern die dortige Entwaldung eingedämmt werden kann, sollen auf einer Fläche Grossbritanniens dereinst über 200 Millionen Tonnen des Treibhausgases kompensiert werden. Mercuria hält auf Anfrage fest, dass seine Projekte «unter etablierten Kompensationsprogrammen mit strenger Governance, technischen Standards, unabhängigen Audits und regelmässigen Prüfungen» entwickelt werden. Zudem glaube die Firma, dass «naturbasierte Lösungen das Potenzial haben, einen signifikanten Beitrag an globale Anstrengungen zur Erreichung von Netto-Null zu leisten». Nicht nur, weil sie schon heute verfügbar seien, sondern auch weil «die Kosten pro Tonne signifikant tiefer sind als bei einigen Alternativen».

In vielen Ländern unterstehen Wälder den nationalen oder regionalen Verwaltungen. So stammen

Mercurias Vermarktungsrechte der CO₂-Zertifikate aus den peruanischen Waldbeständen in Ucayali und Madre de Dios von den entsprechenden Regionalregierungen. In einer Absichtserklärung hatte der Rohstoffhändler bereits 2021 erklärt, in bzw. mit Ghana ebensolche Projekte durchführen zu wollen. Da diese Vorhaben, wie viele der anderen Klimaprojekte der Rohstoffhändler, noch nicht existieren, steht das Urteil über deren effektive Wirkung offensichtlich noch aus.

Mercuria vertraut bei seinen Klimaprojekten nicht nur auf staatliche Stellen, sondern tanzt zudem auf dem Parkett der internationalen Klimadiplomatie. An der Klimakonferenz COP 2023 in Dubai waren gleich drei Firmenvertreter zugegen, inklusive des Unternehmenschefs. Auch Glencore und Trafigura standen auf der Teilnehmerliste. Letztere Firma nutzte die Möglichkeit für ein Treffen mit einer Regierungsdelegation aus Paraguay. Und Vitol einigte sich 2023 mit dem nigerianischen Staatsfonds auf ein Projekt, um seine Kochherde zu verteilen. Wie im Rohstoffhandel scheint auch bei den CO₂-Zertifikaten zu gelten: Die härteste Währung sind noch immer gute Kontakte zu den politischen Machthabern.

Ungenügende Antwort

Das fossile Geschäftsmodell der fünf grössten Schweizer Rohstoffhändler basiert auf dem Handel von Kohle, Öl und Gas und den damit verbundenen Klimaschäden. Dieses Modell mit seinen ausserordentlich grossen indirekten Treibhausgasemissionen hat aktuell politisch und langfristig auch wirtschaftlich keine Zukunft, der Sektor steht vor einem fundamentalen Umbruch. Über dessen Dringlichkeit vermögen auch die immer dickeren Hochglanzberichte über Umwelt- und Sozialprojekte nicht hinwegzutäuschen.

Eine Antwort sollen Klimakompensationsprojekte geben. Doch selbst wenn die geplanten Projekte ihre hehren Versprechen tatsächlich einlösen sollten, bliebe ihre Wirkung völlig ungenügend. Trafigura handelt alle acht Tage ein Erdölvolumen, dessen CO₂-Ausstoss die Firma mit einem 30-jährigen Waldprojekt in Kolumbien kompensieren will. Ein Kochherdprojekt von Vitol in der Demokratischen Republik Kongo verhindert in einem Jahr bestenfalls die Treibhausgase des Öls, das der Konzern in einer halben Stunde verkauft.

Zudem verfehlen die Projekte, die grundlegende Asymmetrie des Rohstoffhandels auszugleichen. Auch in Zukunft sollen Regionen mit tieferen Einkommen die Nachfrage der reichsten Regionen der Welt stillen, stets mit den Rohstoffhändlern als willige Intermediäre. Dass die Firmen auf einen solchen Ansatz vertrauen und gleichzeitig Milliarden in den fortlaufenden Ausbau der fossilen Energien stecken, offenbart die eigentliche Botschaft ihrer Klimaberichte: nach uns die Sintflut. ■



Verbotene Pestizide: Schweizer Exporte ausser Kontrolle

Die 2020 verabschiedeten Exportverschärfungen für in der Schweiz verbotene Pestizide weisen gravierende Lücken auf: Mindestens 80 Substanzen, die in den letzten fünf Jahren aus der Schweizer Landwirtschaft verbannt wurden, sind davon nicht betroffen. Ihre Ausfuhr entgeht damit jeder behördlichen Kontrolle. Doch exklusive Daten der EU zeigen, dass die Schweiz weiterhin am Handel mit umweltschädlichen und gesundheitsgefährdenden Pestiziden beteiligt ist.

CARLA HOINKES

2020 verschärfte der Bundesrat die Exportvorschriften für 100 in der Schweiz verbotene Pestizide und verhängte ein Ausfuhrverbot für fünf «besonders problematische» Substanzen, die in den Jahren zuvor ausgeführt worden waren. Die Regulierung folgte auf Enthüllungen von Public Eye über diese Exporte und die gravierenden Folgen im Globalen Süden: So waren vom Agrochemiekonzern Syngenta in der Schweiz hergestellte Pestizide etwa mitverantwortlich für gravierende Vergiftungen unter indischen Baumwollbäuerinnen und -bauern oder für die Verschmutzung des Trinkwassers in Brasilien. Mit der Verschärfung der Exportbestimmungen war die Schweiz eines der ersten Länder in Europa, das gegen die Doppelstandards im globalen Pestizidhandel vorging: Der Bundesrat wollte, dass die Schweiz mit den Exportbeschränkungen ihre Verantwortung als Standort multinationaler Pestizidkonzerne wahrnimmt und zum Gesundheits- und Umweltschutz in Einfuhrstaaten beiträgt.

Eine Regulierung so löchrig wie Emmentaler

Nun zeigt sich jedoch, dass die Regulierung heute derart grosse Lücken aufweist, dass sie ihre beabsichtigte Wirkung weitgehend verfehlt. Denn 80 (!) gefährliche Pestizide, die in den letzten fünf Jahren in der Schweiz vom Markt genommen wurden, sind von den geltenden

Exportbeschränkungen nicht betroffen, darunter das für Bestäuber hochgiftige Neonicotinoid Thiamethoxam oder das vermutlich krebserregende Fungizid Chlorothalonil, dessen Abbauprodukte sich im Trinkwasser anreichern.

Der Grund dafür: Die Liste der exportbeschränkten Pestizide wurde in der Schweiz seit 2019 nicht aktualisiert. Anders in der EU. Dort wird die analoge Liste jährlich überarbeitet, in den letzten fünf Jahren kamen rund 100 verbotene Pestizide neu dazu. Warum sich die Aktualisierung derart verzögert, ist unklar: Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) hatte Public Eye gegenüber bereits 2022 eine baldige Anpassung der Liste angekündigt, doch bisher ist nichts geschehen. Stattdessen teilte das Bundesamt Public Eye auf Anfrage mit, dass eine Anpassung «frühestens» 2025 in die Vernehmlassung gegeben werde. In Kraft treten würde die aktualisierte Liste damit voraussichtlich nicht vor 2027.

Die Folge dieser Verschleppung ist, dass der Handel mit Dutzenden verbotenen Pestiziden in der Schweiz jeder behördlichen Kontrolle entgeht: Die Hersteller müssen die Einfuhrstaaten weder über die Gefährlichkeit der Stoffe informieren noch ihre vorgängige Zustimmung über die Ausfuhr einholen. Und es gibt nicht einmal eine Meldepflicht, wodurch der Export der Gefahrenstoffe das Geschäftsgeheimnis der Hersteller bleibt. →

Damit verfehlt der Bundesrat ein zentrales Ziel, das er mit den 2020 eingeführten Ausfuhrbestimmungen erreichen wollte: die Exporte problematischer Pflanzenschutzmittel in einkommensärmere Länder besser zu kontrollieren. Stattdessen ist die Schweiz bei der Regulierung des Handels mit gefährlichen Chemikalien gegenüber der EU, wo alle aus Umwelt- oder Gesundheitsgründen verbotenen Pestizide strengen Ausfuhrkontrollen unterliegen, ins Hintertreffen geraten.

Schweiz exportiert Hunderte Tonnen verbotene Pestizide

Trotz der fehlenden behördlichen Transparenz liegen Public Eye neue Hinweise vor, wonach die Schweiz weiterhin gefährliche Pestizide exportiert – und dies in steigendem Ausmass. So zeigen exklusive Daten von EU-Behörden, dass 2022 mehr als 380 Tonnen hochgefährliche Pestizidwirkstoffe, deren Verwendung hierzulande verboten ist, aus der Schweiz in EU-Länder ausgeführt wurden. Konkret ging es um 223 Tonnen Propiconazol und 8 Tonnen Thiamethoxam, die beide von Syngenta hergestellt werden, sowie 153 Tonnen des vom deutschen Pestizidhersteller Bayer vertriebenen Herbizids Ethoxysulfuron. Da diese Stoffe in der gesamten EU verboten sind, müssen diese Exporte für die Wiederausfuhr in Drittstaaten bestimmt gewesen sein.

Bemerkenswert ist auch, dass die Unternehmen in der EU den Behörden 2022 den Export von 140 Tonnen und 2023 sogar 500 Tonnen verbotener Pestizide in die Schweiz meldeten, wie uns auch das Bafu bestätigte. Die betroffenen, von Syngenta vermarkteten Pestizide, deren Verwendung sowohl in der EU wie auch in der Schweiz verboten ist, waren ausdrücklich zur Wiederausfuhr in Drittstaaten bestimmt. Aufgrund der fehlenden Schweizer Exportkontrollen bleibt unklar, welche Länder die Endempfänger waren. Sicher ist aber, dass es sich auch hier um Stoffe handelte, die für die Umwelt oder die Gesundheit hochgefährlich sind: 2023 wurden demnach 160 Tonnen Insektizide auf Basis von Thiamethoxam, 15 Tonnen Herbizide mit dem für Anwender*innen hochgefährlichen Diquat, 10 Tonnen Chlorothalonil-haltige Fungizide, 15 Tonnen Propiconazol-haltige Fungizide sowie 300 Tonnen des reinen Wirkstoffs Cyproconazol in die Schweiz importiert. Propiconazol und Cyproconazol sind fortpflanzungsgefährdend und können das Kind im Mutterleib schädigen. Vier dieser fünf Pestizide sind auch schon 2022 zur Wiederausfuhr importiert worden.

Was Rössti nicht weiss, macht ihn nicht heiss

Public Eye liegen Handelsdaten zu Propiconazol und Thiamethoxam vor, die belegen, dass die Schweiz diese Pestizide zwischen 2020 und 2024 mehrfach in Länder wie Chile, Kolumbien, Indien, Indonesien, Pakistan oder Vietnam exportierte.

Diese Daten verdeutlichen, dass die Schweiz nach wie vor am globalen Handel mit gefährlichen

Pestiziden beteiligt ist. Da die Hersteller diese Exporte den Schweizer Behörden nicht einmal melden müssen, bleiben das tatsächliche Ausmass sowie die Empfängerländer im Dunkeln. Fest steht jedoch, dass dieser Handel sowie die fehlende Transparenz diametral den Zielen, die der Bundesrat mit der Verschärfung der Exportvorschriften verfolgte, sowie den Aussagen von Umweltminister Albert Rössti widersprechen. Dieser erklärte im Frühjahr 2023 vor dem Ständerat, dass die Schweiz auch den Export von kürzlich vom Markt genommenen Pflanzenschutzmitteln «grundsätzlich untersagen» wolle, falls «die Gesundheit von Menschen gefährdet wird oder wenn Umweltrisiken bestehen». Auch das Bafu bekräftigte auf Anfrage, dass der Bundesrat sich «für eine Exportregulierung» ausspreche, «welche eine Gefährdung von Gesundheit oder Umwelt in anderen Ländern durch Schweizer PSM-Exporte verhindert».

Doch diese Absichtserklärungen stehen heute in starkem Kontrast zur Realität: Die Schweiz exportiert offensichtlich weiterhin hochgefährliche Pestizide, aber diese Exporte werden nicht einmal erfasst, geschweige denn wirksam reguliert.

Es braucht Taten statt Worte

Es ist daher dringend nötig, dass der Bundesrat die Liste der von Exportbestimmungen betroffenen Pestizide endlich aktualisiert und die administrativen Abläufe vereinfacht, damit sie künftig regelmässig angepasst werden kann. Gemäss Bafu fehlen für eine jährliche Aktualisierung die Ressourcen. Doch es bleibt unklar, weshalb die Aktualisierung derart lange auf sich warten lässt.

Damit die Versprechen von Umweltminister Rössti im Ständerat nicht folgenlos bleiben, sollte zudem die Ausfuhr aller Stoffe verboten werden, welche die Umwelt oder die menschliche Gesundheit in Drittstaaten gefährden, wie es mittlerweile mehrere europäische Länder tun: Frankreich und Belgien haben umfassende Exportverbote eingeführt, Deutschland plant eine entsprechende Regulierung. Und die Europäische Kommission will den Export von EU-weit verbotenen Pestiziden europaweit stoppen.

Laut Bafu laufen zurzeit auch Untersuchungen darüber, ob das Exportverbot in Zukunft auf weitere Substanzen erweitert werden könnte.

Ein wichtiger erster Schritt wäre es, umgehend den Export derjenigen hochgefährlichen Pestizide zu stoppen, von denen bekannt ist, dass sie tatsächlich aus der Schweiz ausgeführt werden, wie Thiamethoxam, Diquat, Chlorothalonil, Propiconazol und Cyproconazol. Aber auch der Handel mit allen anderen Pestiziden, die in Einfuhrstaaten die Umwelt oder Gesundheit gefährden, muss gestoppt werden. Und dies könnten einige sein: Der grösste Produktionsstandort des weltweit tätigen Pestizidriesen Syngenta befindet sich bis heute in Monthey im Kanton Wallis. ■

Arbeitskampf in Zulieferfabrik von Montblanc

Arbeiter*innen aus chinesischen Fabriken in der Toskana kämpften erfolgreich für faire Arbeitszeiten. Kurz darauf verlagerte der Schweizer Modekonzern Richemont, der dort Luxusledertaschen fertigen liess, die Produktion. Die Arbeiter*innen verloren ihren Job. Public Eye ist solidarisch mit den Arbeiter*innen und der Gewerkschaft Sudd Cobas und unterstützt ihre Forderung nach der Wahrung der Gewerkschaftsrechte.

ELISABETH SCHENK

Z Production ist eine Fabrik in Prato bei Florenz, die jahrelang ausschliesslich für Montblanc produzierte. Montblanc ist eine Marke, die wie Cartier, Vacheron Constantin oder Chloé zum Schweizer Luxuskonzern Richemont gehört. Arbeiter*innen berichten, dass sie bei Z Production jahrelang zwölf Stunden am Tag, sechs bis sieben Tage die Woche gearbeitet haben – in den oft chinesisch geführten Sweatshops in Prato und anderswo in Italien keine Seltenheit. Unter der Aufsicht von Montblanc-Produktionsmanager*innen hätten sie unter anderem das metallene Montblanc-Logo an die Luxusledertaschen genäht.

2022 beginnen die Arbeiter*innen, die mehrheitlich einen migrantischen Hintergrund haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie schliessen sich der Bewegung «8×5» an, die sich in Italien einsetzt für die Einhaltung von maximal acht Stunden Arbeit am Tag, fünf Tage die Woche. Februar 2023 ist der Arbeitskampf von Erfolg gekrönt, die Gewerkschaft Sudd Cobas verhandelt ein Abkommen, das den Arbeiter*innen unter anderem ordentliche Verträge, reguläre Arbeitszeiten von acht Stunden an fünf Tagen die Woche und ein Recht auf Krankheit und Ferien bringt. Ein Erfolg, über den sich die Arbeiter*innen nur kurz freuen können. Denn mehr Rechte für die Arbeiter*innen bedeuten mehr Kosten für die Fabrik – und damit die Marke Montblanc.

Im März 2023 reduziert der Luxusmodekonzern Richemont gemäss den Arbeiter*innen das Auftragsvolumen beim Zulieferer Z Production stark und fährt es auf den 31. Dezember 2023 komplett herunter. Die Produktion wird eingestellt, die Arbeiter*innen werden entlassen. Sie werfen Montblanc vor, dass aufgrund der gewerkschaftlichen Organisation, der besseren Arbeitsbedingungen und damit höheren Produktionskosten die Aufträge eingestellt und an andere Fabriken im Grossraum Florenz verlagert worden seien.

Montblanc begründete die Beendigung des Produktionsverhältnisses gegenüber Medien damit, dass der Betrieb den Verhaltenskodex von Richemont für Zulieferer nicht eingehalten habe. Die Frage stellt sich jedoch, weshalb Montblanc die Zusammenarbeit mit der Fabrik im selben Jahr beendet, in dem die Arbeiter*innen sich gewerkschaftlich organisiert und bessere Arbeitsbedingungen erkämpft haben. Die Arbeiter*innen befürchten, dass die Produktion nun einfach in anderen Betrieben

mit Arbeitszeiten von 14 Stunden an sechs bis sieben Tagen die Woche weiterläuft.

Richemont ist einer der reichsten und einkommensstärksten Luxuskonzerne der Welt und steht in der Verantwortung, ausreichende Sorgfaltsprüfungspflichten wahrzunehmen, gerade wenn sich der Konzern für die Produktion in Regionen entscheidet, die für ihre ausbeuterischen Arbeitsbedingungen bekannt sind.

Internationale Solidaritätsaktion

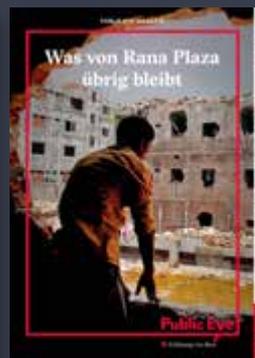
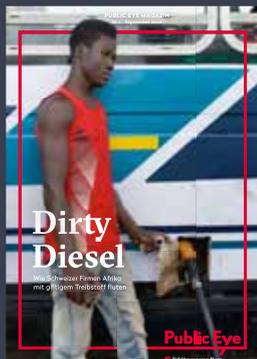
Am Samstag, 26. Oktober 2024, fand ein internationaler Aktionstag der Solidarität mit den Arbeiter*innen statt. Sie fordern von Richemont die Beendigung der gewerkschaftsfeindlichen Politik sowie eine Arbeitsplatzgarantie für alle Arbeiter*innen innerhalb der gesamten Lieferkette, auch bei einem Wechsel des Vertrags mit einem Zulieferer. Auch in Genf, wo der Modekonzern seinen Hauptsitz hat, gab es eine Aktion vor einer Montblanc-Filiale. ■

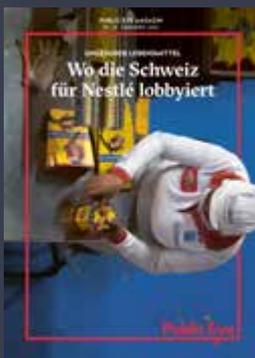
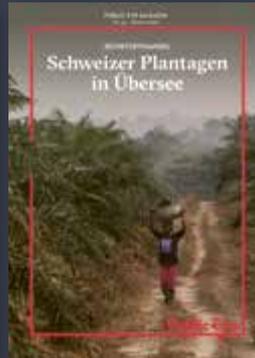
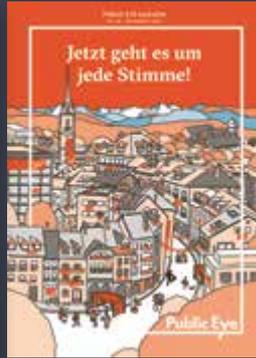
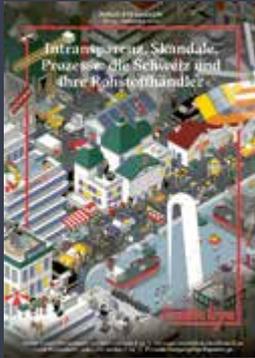


Elisabeth Schenk, Fachverantwortliche Textilien bei Public Eye, in Aktion vor der Montblanc-Filiale in Genf.

50 Magazine in 8 Jahren

«Dirty Diesel: Wie Schweizer Firmen Afrika mit giftigem Treibstoff fluten»: Das war der Titel der aufsehenerregenden Recherche im Public Eye Magazin Nr.1 im September 2016. Nun sind wir – einschliesslich der Jahresberichte – bei der 50. Ausgabe angelangt. Und noch immer ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Wir lassen nicht locker.







«Gesucht für das Verbrechen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch im Libanon geplant zu haben»: Plakate an einer Hauswand in Beirut.

© Marwan Tahtah/Getty Images

Banken, Immobilien und ein Anwalt: der libanesische Ex-Notenbankchef und seine «Swiss Connection»

Seit Ende September befindet sich der Libanon in der Hölle des Krieges und ist Ziel schwerer israelischer Bombenangriffe, die auch die Zivilbevölkerung treffen. Diese leidet seit Langem unter der korrupten Staatsführung. Der Fall Riad Salameh ist ein gutes Beispiel dafür. Salameh war bis 2023 Chef der libanesischen Zentralbank (BDL) und steht im Mittelpunkt einer internationalen Untersuchung, deren Epizentrum in der Schweiz liegt. Er wird verdächtigt, fast 330 Millionen US-Dollar zum Nachteil der BDL veruntreut zu haben. Das Geld landete bei der HSBC Private Bank (Suisse) SA in Genf. Wie unsere Untersuchung dokumentiert, ermöglichte ihm ein Teil dieser Gelder den Kauf von zwei Bürogebäuden am Genfersee. Dazu nahm Riad Salameh die Dienste eines Genfer Anwalts in Anspruch.

Die Anhörung fand im Frühjahr 2022 in Beirut statt. An diesem Tag empfängt der libanesische Staatsanwalt Jean Tannous den libanesischen Anwalt Marwan Issa El Khoury, der den hochsensiblen Fall, mit dem Tannous betraut ist, voranbringen kann. Tannous ermittelt zu diesem Zeitpunkt gegen Riad Salameh, von 1993 bis Juli 2023 allmächtiger Gouverneur der libanesischen Notenbank. Heute steht dieser im Zentrum einer umfassenden Untersuchung und wird der Veruntreuung öffentlicher Gelder beschuldigt. Anfang September 2024 wurde er im Libanon festgenommen.

Die Aussage von Issa El Khoury interessiert Tannous an jenem Tag in mehrfacher Hinsicht, da der Anwalt eine führende Rolle dabei spielte, dem wichtigsten Banker des Landes und seinem jüngeren Bruder Raja sowie deren engstem Umfeld dabei zu helfen, legale Rechtskonstrukte zu schaffen, um mit Geldern mutmasslich unrechtmässiger Herkunft in mehreren europäischen Ländern ein Immobilienvermögen aufzubauen. Als Neffe der beiden Brüder kennt Issa El Khoury ausserdem den Salameh-Clan von innen. So schlüpfte er abwechselnd in die Rolle des Verteidigers und des Vermittlers von Briefkastenfirmen, mit denen Transaktionen verdeckt und die wirtschaftlich Berechtigten vertuscht werden konnten.

Seine Aussage – die Public Eye dank zusätzlichen Dokumenten ergänzen konnte – beleuchtet die Hintergründe von Investitionen in Immobilien in Belgien, Deutschland, den USA, Grossbritannien und der Schweiz, die über ein hochkomplexes Netzwerk von Offshore-Firmen erfolgten, die er gegründet und/oder verwaltet hat. Dieses Immobilienvermögen konnte von der Justiz erst identifiziert werden, nachdem Staatsanwalt Tannous in den Büroräumlichkeiten von Riad Salamehs Bruder in Beirut die gesamten Unterlagen zu diesen verschiedenen Körperschaften beschlagnahmt hatte.

Es überrascht kaum, dass die Schweiz bei diesen Konstrukten eine zentrale Rolle spielt. Hier nahm die weitverzweigte Salameh-Affäre, über die zahlreiche ausländische Medien berichteten, vor fast vier Jahren ihren Anfang.

Das riesige Offshore-Vermögen des Notenbankchefs

Alles beginnt im August 2020. Das internationale Journalist*innennetzwerk Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) veröffentlicht zusammen mit dem libanesischen unabhängigen Onlinemedium «Daraj» eine umfangreiche Recherche über Riad Salameh: «Der Offshore-Gouverneur des Libanon». Die Journalist*innen enthüllen, wie Salameh und seine engsten Vertrauten sich hinter einem Netzwerk von Offshore-Firmen versteckten, um ihr immenses Vermögen zu vermehren und in mehreren Ländern zu investieren. Und sie nennen die Namen einiger der Gesellschaften, die ihre Konten in der Schweiz haben.



Beirut, Juli 2023. Riad Salameh bei seiner Verabschiedung nach 30 Jahren Dienst als Chef der libanesischen Notenbank.

Mehrere Schweizer Banken, darunter die HSBC Private Bank (Suisse) SA, Julius Bär und Pictet, die jahrzehntlang einen bedeutenden Teil des Vermögens des Salameh-Clans beherbergt hatten, erwachen daraufhin und erstatten eine Verdachtsmeldung bei der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS). Die Beamt*innen in Bern stossen mit einiger Verblüffung auf eine gross angelegte Veruntreuung von Geldern zum Nachteil der libanesischen Notenbank, gekoppelt an eine Geldwäschereimaschinerie, die hauptsächlich über die Schweiz läuft. Im Oktober 2020 eröffnet die Bundesanwaltschaft eine Untersuchung gegen Riad und Raja Salameh wegen Verdachts auf schwere Geldwäscherei; sie ist bis heute nicht abgeschlossen. Hauptsächlich aufgrund der von Bern übermittelten Bankunterlagen werden Verfahren im Libanon, in Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Luxemburg und Monaco eingeleitet. Für die beiden Brüder gilt die Unschuldsvermutung.

Als Anfang 2021 eine libanesische Zeitung die Einleitung dieser Ermittlung in der Schweiz publik macht, schlägt diese Nachricht wie eine Bombe ein. Der Libanon befindet sich damals in einer verheerenden Wirtschaftskrise. 2019 bricht die Landeswährung zusammen, die zuvor jahrelang künstlich auf einem hohen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar gehalten worden war. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, unzähligen Menschen mit Ersparnissen wird der Zugang zu ihren Fremdwährungskonten verwehrt. Doch einem Teil der libanesischen Elite gelingt es, rechtzeitig Geld ins Ausland zu transferieren. Auf den Demonstrationen wird



Beirut, November 2019. Die libanesische Bevölkerung geht auf die Strasse, um den Abgang einer als korrupt empfundenen politischen Klasse zu fordern. Hier versuchen Sicherheitskräfte, den Eingang zur Notenbank zu sichern.

Riad Salameh, der einst als Finanzgenie galt, ausgebuht und beschuldigt, an dieser Misswirtschaft beteiligt gewesen zu sein und sich vor dem Hintergrund der endemischen Korruption bereichert zu haben.

Die Schweiz – ein Drehkreuz für Salameh-Gelder

Im April 2021 berichtet die Westschweizer Tageszeitung «Le Temps», die sich das Rechtshilfeersuchen der Schweizer Justiz an die libanesischen Behörden beschafft hat, über den Fluss verdächtiger Gelder zwischen dem Libanon und der Schweiz. Dieses Bild konnten wir aufgrund zusätzlicher Dokumente vervollständigen.

Es ist inzwischen erwiesen, dass von April 2002 bis März 2015 in über 300 Transaktionen fast 330 Millionen US-Dollar von einem Konto der libanesischen Notenbank an die HSBC Private Bank (Suisse) SA in Genf überwiesen wurden. Die Gelder gingen auf dem Konto von Forry Associates ein, einer kleinen, in Tortola auf den Britischen Jungferninseln registrierten Offshore-Firma.

Offiziell war Raja Salameh, der Bruder des Notenbankchefs, wirtschaftlich Berechtigter dieses Unternehmens. Forry Associates hatte eine Goldgrube gefunden: Aufgrund eines von Riad Salameh unterzeichneten Vertrags aus dem Jahr 2002 ist die Firma berechtigt, von der libanesischen Notenbank ausgestellte Schatzanwei-

sungen und Eurobonds auf dem lokalen Markt (hauptsächlich an Banken) zu verkaufen. Dies war ihr einziges Mandat als Broker. Dafür wurde sie von der Notenbank mit «Provisionen und Gebühren» entschädigt. Wie die Ermittler*innen feststellen konnten, hat die kleine Firma trotz eines Umsatzes von durchschnittlich 30 Millionen US-Dollar pro Jahr weder Personal noch ein Büro, und der Charakter ihres Bankkontos entspricht nicht dem eines operativ tätigen Unternehmens. Es scheint sich vielmehr um ein Durchlaufkonto zu handeln.

Diese Fakten zeigen, wie leichtfertig mehrere Schweizer Bankinstitute die Millionen der Gebrüder Salameh – zweier politisch exponierter Personen, die einer verstärkten Sorgfaltspflicht unterliegen müssten – entgegengenommen haben. Die Finanzmarktaufsicht hat die HSBC Private Bank (Suisse) SA in Genf im Juni 2024 wegen «Verstößen gegen Geldwäschereiregeln» im Zusammenhang mit der Salameh-Affäre angeprangert.

Von den 330 Millionen US-Dollar, die bei der HSBC Private Bank (Suisse) SA zugunsten von Forry Associates eingingen, wurden insgesamt 248 Millionen US-Dollar auf die Konten von Raja Salameh bei der gleichen Bank überwiesen. Davon flossen 207 Millionen mit dem Vermerk «persönliche Ausgaben» auf Konten von Raja Salameh bei vier Banken im Libanon. Doch damit nicht



Beirut, März 2023. Journalist*innen warten vor dem Justizpalast auf Riad Salameh, wo dieser wegen des Verdachts auf Veruntreuung angehört wird.

genug: Raja Salameh zahlte auch Millionen an mehrere Unternehmen, die von seinem Bruder, Notenbanker Riad Salameh, kontrolliert wurden. Diese Körperschaften, von denen die meisten Konten in der Schweiz hatten, erhielten auch Gelder direkt von Forry Associates. Insgesamt sollen der Notenbankchef und seine Offshore-Strukturen laut den eingesehenen Gerichtsdokumenten – direkt oder indirekt von Forry Associates – mehr als 26 Millionen US-Dollar, über 9,2 Millionen Euro und 5,3 Millionen Franken erhalten haben.

Riad Salameh beteuerte immer wieder seine Unschuld und erklärte, dass sein Vermögen hauptsächlich aus der doch recht weit zurückliegenden Zeit stammt, in der er Banker bei Merrill Lynch war (1973–1993). Mit dem Geld, das er von Forry Associates – direkt oder über seinen Bruder – erhalten hat, soll Letzterer Schulden beglichen haben, die er bei ihm hatte. Seine Verteidiger behaupten ausserdem, dass keine Gelder der Notenbank eingesetzt worden seien. Gemäss Riad Salameh sollen die Provisionen von den Finanzinstituten, welche die Schatzanweisungen und Eurobonds kauften, an Forry Associates bezahlt und auf ein von der Notenbank zu diesem Zweck eingerichtetes Konto überwiesen worden sein. Laut unseren Informationen überzeugten jedoch die lückenhaften Belege, welche die Notenbank zur Untermauerung dieser

Version vorlegte, die Ermittler*innen mehrerer europäischer Länder nicht. Diese deckten einen Strom verschlungener Geldflüsse auf, die ihrer Meinung nach ein klarer Hinweis auf Geldwäscherei sind.

Mehrere der Firmen, die Riad Salameh nutzte, um Gelder von Forry Associates zu erhalten, waren Gesellschaften schweizerischen Rechts. Hier kommt die vermittelnde Rolle der Anwält*innen ins Spiel.

Anwält*innen gründen Firmen in Genf

Riad Salameh wurde im Libanon auf Ersuchen der Justiz mehrerer europäischer Länder angehört und gestand, der wirtschaftlich Berechtigte eines Unternehmens namens SI2 SA zu sein. Diese nach wie vor aktive Genfer Firma wird von seinem Neffen, Rechtsanwalt Issa El Khoury, von Beirut aus präsiert. Ein Partner einer Genfer Anwaltskanzlei hatte die SI2 SA im Oktober 2010 registriert und ist noch immer ihr Geschäftsleiter. Das Gründungskapital der Gesellschaft von 100 000 Franken wurde damals in bar bezahlt, wie aus dem Dossier hervorgeht, das wir beim Genfer Handelsregisteramt eingesehen haben. Ihr Zweck: «Erwerben und Halten von Beteiligungen an Gesellschaften, insbesondere im Immobilienbereich».

Die Schweizer Ermittlungen ergaben, dass der SI2SA, die ihre Konten bei der EFG Bank in Zürich hatte,



Von 2019 bis 2021 erschüttert eine Reihe von Protesten den Libanon als Reaktion darauf, dass es der Regierung nicht gelungen ist, aus einer schweren Wirtschaftskrise herauszukommen.

© Aziz Taher/Reuters

zwischen 2011 und 2015 fast 7 Millionen Franken gutgeschrieben wurden, die entweder direkt oder indirekt von den Konten von Forry Associates bei HSBC Private Bank (Suisse) SA stammten.

Damit war der Geldstrom noch lange nicht zu Ende. So erhielt beispielsweise die nach eigenen Aussagen ebenfalls von Riad Salameh kontrollierte Westlake Commercial in Panama zwischen 2008 und 2011 in 13 Transaktionen über 7 Millionen US-Dollar von Forry Associates auf ihr Konto bei der Privatbank Julius Bär in Zürich gutgeschrieben. Im Herbst 2011 überwies Westlake Commercial 1,6 Millionen Franken an die SI2SA mit dem Vermerk «Investition in Handelsimmobilie». Der Gesellschaft wurden zwischen 2011 und 2013 zudem rund 5,3 Millionen Franken von Forry Associates und Rajas Privatkonto bei der HSBC Private Bank (Suisse) SA gutgeschrieben, jeweils mit dem Vermerk «Investition in Immobilien».

Im August 2019 hat die SI2 SA zudem 7,3 Millionen Franken an eine andere Genfer Firma überwiesen, die Red Street 10 SA, die ihre Konten bei der UBS hatte. Die Schweizer Ermittler*innen waren der Ansicht, dass die Transaktionen zwischen Forry Associates, Westlake Commercial, SI2 SA und Red Street 10 SA offenbar nur dazu dienten, den tatsächlichen wirtschaftlichen Berechtigten der Transaktionen zu verbergen: Riad Salameh.

Wie wir belegen konnten, stand tatsächlich der Ex-Notenbankchef hinter der Red Street 10 SA, die zu 100 % im Besitz der SI2 SA ist. In Beirut befinden sich die Räumlichkeiten der libanesischen Notenbank in der Hamra-Strasse, was «rote Strasse» oder auf Englisch «red street» bedeutet. Auch bei dieser Firma stossen wir wieder auf denselben Genfer Anwalt. Im September 2008 wurde dieser zum alleinigen Verwalter der Red Street 10 SA, die bis zum Frühjahr 2020 eine Gesellschaft mit sogenannten Inhaberaktien war, das heisst anonym von einem Aktionär gehalten werden konnte. Ein völlig undurchsichtiges System, das die Schweiz auf Druck der Financial Action Task Force kurz zuvor abgeschafft hatte.

Zwei Bürogebäude in Rolle und Morges

Wozu dienten all die Transaktionen? Wir haben herausgefunden, dass die 7,3 Millionen Franken, die im August 2019 von SI2 SA an Red Street 10 SA überwiesen wurden, es Letzterer – und damit ihrem wirtschaftlich Berechtigten Riad Salameh – ermöglichten, ein Gebäude in Rolle im Kanton Waadt im Gesamtwert von fast 17 Millionen Franken zu erwerben. Um diesen Kauf zu realisieren, erhielt Salameh auch ein Darlehen in Höhe von 10,2 Millionen Franken von der UBS, wo Red Street 10 SA seit 2008 ihre Konten hatte. Es handelt

sich um ein Bürogebäude an der Route de Gilly, das derzeit den Europa-Sitz eines US-amerikanischen Chemieunternehmens beherbergt. Dieser Kauf erfolgte, nur wenige Monate bevor Hunderttausende libanesische Sparer*innen durch die verheerende Finanzkrise in die Armut getrieben wurden.

Die Spuren von Red Street 10 SA finden sich auch im Industriegebiet von Morges VD. Gemäss Grundbuch erwarb die Gesellschaft im Oktober 2008 – also einen Monat, nachdem der Genfer Anwalt zum Verwalter der Gesellschaft wurde – eine Immobilie von 1129 Quadratmetern Fläche in der Rue de Lausanne. Vor Ort zeigt sich, dass das vierstöckige, ziemlich in die Jahre gekommene Gebäude Büros beherbergt, die von mehreren Firmen gemietet werden. Ein Mieter bestätigt Public Eye, dass der Name Red Street 10 SA auf seinem Mietvertrag steht, er die natürliche Person hinter der Vermieterin aber nicht kennt.

Das Grundbuchamt des Kantons Waadt bestätigt, dass die Red Street 10 SA noch immer Eigentümerin der beiden Immobilien ist. Unseren Informationen zufolge haben die Immobilien Riad Salameh in den Jahren 2019 und 2020 Mieteinnahmen von 380 000 Franken und seither von 760 000 Franken eingebracht.

Eine mit dem Fall vertraute Quelle erläutert, dass der ehemalige Chef der libanesischen Notenbank es in der Schweiz im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern vorzog, «in Gewerbeimmobilien zu investieren, da es sich um eine gewerbliche Rendite ohne die bei Wohngebäuden geltenden mietrechtlichen Auflagen handelt».

Ein Genfer Makler und mysteriöse Transaktionen

Wie wir herausgefunden haben, verwaltet die Gebäude in Morges und Rolle ein Genfer Unternehmen, das Immobilien entwickelt und besitzt und das die beiden Gebäude auf seiner Website als Teil der «Vermögenswerte» seines Portfolios aufführt. Dieses Unternehmen hat seine Büros in Genf. Und zwar an derselben Adresse, an der auch die Gesellschaften von Riad Salameh, SI 2 SA und Red Street 10 SA, domiziliert sind. Der Geschäftsführer des Immobilienunternehmens, ein lokal bekannter Makler, hatte seit 2008 neben dem Genfer Anwalt ein Einzelzeichnungsrecht für die Red Street 10 SA, während Riad Salamehs Neffe Marwan Issa El Khoury als Rechts- und Steuerberater des Gebildes auftauchte.

Nach unseren Informationen geriet ein weiteres Unternehmen an dieser Adresse in den Fokus der Ermittlungsbehörden: die Alstone SA. Diese Firma wird vom selben Anwalt verwaltet wie die SI 2 SA und die Red Street 10 SA. Bis 2017 bestand ihr Kapital wie bei der Red Street 10 SA aus Inhaberaktien. Ihr Zweck war die «Beteiligung und Verwaltung von Gesellschaften, Immobiliengeschäften und Investitionen».

Dokumente, welche die Schweizer Justiz den französischen Behörden übermittelt hat, bringen eine Zahlung von 2,5 Millionen Franken ans Licht, die im Dezember 2011 bei der Alstone SA eingegangen war und direkt vom Konto von Forry Associates bei der HSBC Private Bank (Suisse) SA kam. Hinzu kommt eine weitere Überweisung: Forry Associates zahlte zwischen September 2009 und Januar 2012 fast 594 000 Franken an die Genfer Anwaltskanzlei, die SI 2 SA, Red Street 10 SA und Alstone SA verwaltet.

«Man sieht deutlich, dass diese juristischen Konstruktionen, die völlig legal sind, die Art und Weise verschleiern, wie die Gelder weitergegeben werden», sagt eine mit dem Fall vertraute Person. «Ohne die Hilfe von Anwalt*innen hätten die Salamehs solche Konstruktionen nicht realisieren können.»

Superprovisorische Massnahmen gegen Public Eye

Der Genfer Anwalt antwortete nicht auf unsere detaillierten Fragen zu seiner Rolle als Geschäftsführer von Gesellschaften, die Gelder erhalten haben, deren Herkunft von der Justiz mehrerer Länder als mutmasslich verdächtig eingestuft wurde. Dafür betonte er, dass die Bundesanwaltschaft «nach vier Jahren Ermittlungen weder Interesse daran gezeigt hat, mich anzuhören, noch mir Vorwürfe gemacht hat».

Im Juni 2024 reichte der Anwalt beim erstinstanzlichen Gericht in Genf einen Antrag auf vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen gegen Public Eye wegen einer möglicherweise bevorstehenden Verletzung der Persönlichkeitsrechte ein. Diesem wurde stattgegeben, wodurch uns präventiv untersagt wurde, diese Recherche zu veröffentlichen. Nach einer Anhörung vor Gericht im August konnten sich die beiden Parteien einigen. Für Public Eye ist diese Intervention symptomatisch für den immer stärker werdenden Druck auf Journalist*innen und investigative NGOs.

Auf Anfrage antwortete der Immobilienunternehmer, dass seine Unterschriftsberechtigung für das Bankkonto von Red Street 10 SA dazu diene, «den Eingang der Mieten und die Zahlung der laufenden Kosten usw. zu überwachen». Es handle sich also um eine gängige Vollmacht, die «im Rahmen eines professionellen Verwaltungsmandats erteilt wird». Das sei «üblich, wenn Immobilien über Gesellschaften gehalten werden». Er legt zudem Wert auf die Feststellung, dass die von Red Street 10 SA gehaltenen Immobilien nicht zu den Vermögenswerten seiner Unternehmensgruppe gehören. Und dass ihm Forry Associates «bis zur Veröffentlichung ihres Namens in der Presse unbekannt» war und er daher «keine Ahnung von ihrer Existenz, ihren Aktivitäten oder ihren Chefs hatte».

Sein libanesischer Kollege Marwan Issa El Khoury reagierte bis Redaktionsschluss nicht auf unsere Anfrage. ■



Gericht rügt den Geheimdienst wegen Daten über Public Eye

© Gorodenkoff/Shutterstock

Public Eye ist mit 431 Einträgen in den Datenbanken des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) vermerkt, obwohl politische Überwachung seit dem Fichenskandal explizit verboten ist. Der NDB meint, es handle sich dabei nur um «Kollateraldaten», Public Eye sei gar nicht von Interesse. Das Bundesverwaltungsgericht, wo wir Beschwerde eingelegt haben, sieht das anders und fordert Nachbesserungen vom NDB.

CHRISTA LUGINBÜHL

Das Nachrichtendienstgesetz (NDG) verbietet heute, zumindest auf Papier, die Überwachung politischer Aktivitäten. Diese explizite und eindeutige Regelung geht auf den Fichenskandal zurück: 1989 wurde bekannt, dass die damalige Politische Polizei Karteikarten von über 900 000 Personen führte. Seitdem hat sich im Schweizer Geheimdienst vieles verändert: Die alten Karteikarten sind einem riesigen elektronischen Datensatz gewichen. Darin liegen auch unsere Kollateraldaten, die gemäss NDB zur Kontextualisierung nötig sind: Mit Public Eye verhalte es sich nämlich in etwa so, wie wenn bei McDonald's in der Berner Altstadt ein Treffen stattfände, das den NDB interessiere. Das Fast-Food-Restaurant sei in so einem Fall ähnlich uninteressant für den NDB wie Public Eye, seine Erwähnung würde lediglich der Einordnung dienen.

Bundesverwaltungsgericht sieht Handlungsbedarf

Wir alle wissen aber: Public Eye macht keine Hamburger, sondern politische Arbeit. Und diese politische Arbeit wird in den Einträgen zigfach erwähnt und kommentiert. Public Eye fand die Argumentation des NDB abenteuerrich und wollte gerichtlich klären, wie es um solche Kollateraldaten steht – stellvertretend für viele kleinere NGOs und Bewegungen, die sich gleiche Fragen stellen, sich aber aus unterschiedlichen Gründen nicht exponieren wollen oder können. Oder nicht über die Ressourcen verfügen, denn es fallen Gerichtskosten und Kosten für juristische Beratung an. Der NDB verlangte zudem eine «angemessene Prozessentschädigung» – dieser Forderung folgte das Bundesverwaltungsgericht (BVG) jedoch nicht, und es gab uns auch in anderen Punkten recht. Im knapp 70-seitigen Urteil sind aus zivilgesellschaftlicher Sicht folgende fünf Klarstellungen besonders wichtig:

AUSKUNFTSRECHTE

Der NDB argumentierte vergeblich, dass Public Eye kein Recht an den beanstandeten Daten habe, weil es keine «Personendaten», sondern nur «Kollateraldaten» seien. Das Gericht kommt aber zum Schluss: «Alle Einträge weisen einen klaren Bezug zur Beschwerdeführerin als juristische Person auf und sind dementsprechend Personendaten.» Es will Public Eye auch die Auskunfts- und Löschrechte nicht absprechen, wie es der NDB fordert.

«FICHIERUNG»

Der NDB behauptete, dass er nicht an Public Eye interessiert sei, die Daten deshalb nicht bearbeite und folglich auch keine «personenbezogen erschlossenen» Daten (Fiche) vorlägen. Auch hier widerspricht das Gericht dem NDB: «Da die Personendaten der Beschwerdeführerin mittels Freitextsuche auffindbar sind, haben diese ebenfalls als personenbezogen erschlossen im Sinne von Art. 5 Abs. 6 NDG zu gelten.»

RECHTMÄSSIGKEIT

Noch aufschlussreicher wird es bei der Grundsatzfrage, ob der NDB überhaupt Daten zu Public Eye sammeln darf bzw. durfte. Hier erinnert das BVG daran, dass der NDB bereits bei der Eingangskontrolle, also noch vor Erfassung in einem Informationssystem, sicherstellen muss, «dass die Meldungen und Auskünfte einen inhaltlichen Bezug zu gewalttätigem Extremismus, Terrorismus, verbotenem Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastruktur oder sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge aufweisen». Das gelte auch für die Personendaten von Public Eye. Das Gericht rügt, dass der NDB nicht erläutert, für welche gesetzliche Aufgabe

er die Personendaten von Public Eye speichert. Es sei deshalb auch für das BVG «nicht möglich, die Rechtmässigkeit der einzelnen Einträge unter dem Gesichtspunkt von Art. 6 Abs. 1 Bst. a–d NDG zu prüfen».

DATENLÖSCHUNG

Art. 5 NDG verbietet grundsätzlich das Sammeln von Daten über politische Aktivitäten, ausser es gibt konkrete Anhaltspunkte, dass nachrichtendienstliche, terroristische oder gewalttätig-extremistische Tätigkeiten vorbereitet oder durchgeführt werden könnten. Sobald sich dieser Verdacht nicht erhärtet, müssen die Daten gelöscht werden, spätestens aber nach einem Jahr. Da der NDB keine entsprechende Zwecknennung gemacht habe, werde die «Beurteilung der Rechtmässigkeit der Datenbeschaffung und -bearbeitung» laut BVG «erheb-

lich erschwert». Der NDB müsse deshalb differenzierte Erklärungen liefern, welche Bezüge die Personendaten von Public Eye zu Art. 6 haben. Gibt es diese nicht, muss der NDB die Daten löschen.

GESETZESLÜCKE

Beim Thema Kollateraldaten argumentierte der NDB, er brauche diese, um seinem Präventionsauftrag nachzukommen, und sie müssten länger als ein Jahr aufbewahrt werden. Das Gericht folgt dem NDB insofern, als dass es aus «systematischen Überlegungen» erlaubt sein müsse, dafür die Personendaten Dritter zu bearbeiten. Bezüglich der gesetzlichen Löschfristen macht das BVG aber eine Gesetzeslücke aus. Hier braucht es politische Antworten und rechtliche Klärung, denn die Datensammlung und -aufbewahrung tangiert hochsensible Grundrechte. ■

Lesen Sie dazu auch das Interview mit Nationalrätin Marionna Schlatter auf Seite 28.

Grundrechtsrelevante Revision des Nachrichtendienstgesetzes steht an

Zurzeit ist eine Revision des NDG in Vorbereitung. Geplant sind diverse Änderungen mit weitreichenden Konsequenzen:

- Es soll neu einen «Rohdatenspeicher» geben. Anders als heute, wo eingehende Daten auf deren Rechtmässigkeit geprüft werden müssen, bevor sie gespeichert werden, sollen neu Daten erst gesammelt und gelagert werden, bevor sie später vielleicht genutzt werden.
- Das Verbot der Überwachung politischer Tätigkeiten soll in Art. 5 aufgeweicht werden: Nur die Sammlung von Personendaten wäre weiterhin verboten, nicht aber die Sammlung von Informationen oder sogenannter Kollateraldaten. Das Auskunftsrecht für diese neue Datenkategorie wäre nicht gewährleistet, weil sie gemäss neuem Gesetz nicht mehr als Personendaten gelten sollen.
- Der NDB will auch das Berufsgeheimnis und den Quellenschutz aushebeln. Konkret will er in gewissen Fällen in den Laptops von sogenannten Drittpersonen, also etwa Rechtsanwält*innen, Medienschaffenden, Pfarrer*innen oder medizinischem Personal, nach Daten suchen können.
- Der NDB darf nur Daten aus gesetzlich definierten Quellen beschaffen. Dazu gehören öffentliche Informationsquellen (z. B. Referate, öffentliche Register), menschliche

Quellen (z. B. Auskünfte, Behördenmeldungen), die eigene Bearbeitung von Personendaten sowie genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen, kurz GEBM, (z. B. das Abhören von Telefonen oder das Eindringen in Computer). Die GEBM sollen ausgeweitet werden und neu auch bei vermutetem «gewalttätigem Extremismus» zum Einsatz kommen. Dieser Begriff ist jedoch juristisch nicht definiert, die Prüfung der Verhältnismässigkeit dieses schweren Grundrechteingriffs wäre daher im Einzelfall zum Vornherein kaum möglich.

Kommen all diese Änderungen durch, werden zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen künftig keine umfassenden Auskunftsrechte mehr haben und noch weniger als bisher wissen, ob der NDB ihre politischen Aktivitäten mitschneidet und abspeichert. Ärzt*innen könnten ihren Patient*innen und Medienschaffende ihren Quellen keine Vertraulichkeit mehr zusichern. Das Geschäft zur NDG-Revision kommt voraussichtlich Ende 2025 ins Parlament, ergänzend findet bis Sommer 2025 eine Vernehmlassung für den Teil «Cyber» statt. Es ist nicht nur ein sicherheitspolitisches, sondern insbesondere ein staatspolitisch wichtiges Geschäft: Es geht um das Austarieren zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Wahrung unserer demokratiepolitischen Grundpfeiler wie der Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der freien Medienarbeit.



«Wir müssen anfangen, die politischen Gegenkräfte zu bündeln»

Marionna Schlatter gehört zu den gewichtigsten Stimmen im Spannungsfeld zwischen Sicherheitspolitik und Grundrechtsfragen. Die jüngste gerichtliche Rüge des Schweizer Geheimdiensts bestätigt die Befürchtungen der Zürcher Nationalrätin. Sie kämpft seit Jahren für eine Stärkung der Kontrollorgane und gegen die geplante Kompetenzerweiterung für den Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Empört ist Schlatter auch über die parlamentarische Nonchalance im Umgang mit den Gesetzesverstössen des NDB.

INTERVIEW: OLIVER CLASSEN

Frau Schlatter, im ersten Fichenskandal Ende der 80er-Jahre gab es noch einen öffentlichen Aufschrei und unmittelbare politische Konsequenzen. Die aktuellen Verletzungen demokratischer Rechte durch den Schweizer Geheimdienst sind zwar nicht minder gravierend, lösen in Medien und Politik mehrheitlich aber nur Schulterzucken aus. Warum?

Das ist die zentrale Frage. Einerseits hat wohl die Sensibilität für Grundrechtsfragen im Internetzeitalter ganz allgemein gelitten. Gerade junge Menschen finden sich häufig mit ihrem Schicksal als gläserne Onlinekund*innen ab. Frei nach dem Motto: Wenn Google, Apple und Co.

schon alle meine Daten haben, spielt es eh keine Rolle mehr. Andererseits sind staatskritische Haltungen heute weniger verbreitet. Was aber natürlich auch als stärkeres Vertrauen in Behörden und Institutionen gedeutet werden kann. Und das wäre ja eigentlich keine schlechte Sache ...

... wenn auch der NDB dieses neue Staatsvertrauen verdienen würde. Tut er das?

Als Reaktion auf den Fichenskandal schuf die Politik damals einen engeren gesetzlichen Rahmen und zusätzliche Aufsichtsorgane für geheimdienstliche Strukturen und Aktivitäten. Das grosse Problem, das zuletzt durch die über 400 Einträge

von Public Eye in den Speichersystemen des NDB wieder sichtbar wurde, ist deren Umsetzung. Dass sich unser Nachrichtendienst häufig nicht an die Rechtsgrundlagen hält, auf denen er operiert, ist erschreckend genug. Ernüchternd finde ich aber auch die Nonchalance, mit der das Parlament darauf reagiert. Und das, obwohl die Geschäftsprüfungsdelegation in jedem Jahresbericht aufs Neue auf konkrete Verstösse hinweist.

Wie erklären Sie sich dieses politische Laisser-faire?

Beim Staatsschutz wird es sehr schnell sehr technisch, was der NDB zum Beispiel beim Jonglieren mit seinen diversen Datenbanken immer

wieder geschickt ausnutzt. Das sicherheitspolitische Thema ist aber auch emotional besetzt. Wir leben heute in einer unsichereren und gefährlicheren Welt als in den 90er-Jahren, weshalb viele Bürgerliche meinen, der Gesetzgeber hätte damals regulatorisch überreagiert und man müsse das Rad wieder zurückdrehen. Der NDB bedient diese Haltung durch eine strategische Rhetorik, die auf Kompetenzerweiterung speziell in der Präventivüberwachung aus ist und der parlamentarischen Oberaufsicht unterstellt, Politiker*innen hätten sowieso keine Ahnung von dieser komplizierten Materie.

Die systematische Überwachung zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Public Eye wird – bis vor Gericht – immer mit der Unterstellung legitimiert, diese seien potenziell «linksextrem» oder «gewaltbereit». Wieso verfassen solche unhaltbaren Behauptungen? Und ist der NDB auf dem rechten Auge blind?

Genau das versuche ich seit Jahren herauszufinden. Grundsätzlich gilt: Die Definitionsmacht liegt beim Gesetzgeber, nicht bei den ausführenden Staatsorganen. In der Praxis wird dieses Prinzip aber häufig unterlaufen oder ausgehebelt. Wenn man den NDB darauf anspricht, heisst es, man habe Corona-Kritiker*innen, Reichsbürger*innen oder Neonazis genauso auf dem Radar. Das bleibt aber eine Behauptung, solange diese Kreise keine Einsichtsgesuche stellen oder zumindest deren Resultate nicht öffentlich machen.

Die laufende Revision des Nachrichtendienstgesetzes sieht eine weitere Ausweitung der Kompetenzen vor, und zwar primär bei der sensiblen digitalen Überwachung. Könnte oder sollte dagegen nicht das Referendum ergriffen werden, so wie in den 90er-Jahren, damals noch «gegen den Schnüffelstaat»?

Weil der NDB genau das befürchtet, wird das Gesetz in zwei Portionen revidiert. Damit will man den Prozess beschleunigen und die besonders heikle Cyber-Überwachung separieren. Ich finde, es bräuchte für beide Teile ein Referendum. Vom ersten Teil kennen wir den Inhalt nach der Vernehmlassung in etwa, der zweite ist aber noch eine Blackbox. Wir müssen dennoch jetzt schon anfangen, die politischen Gegenkräfte zu bündeln.

Konkret: Ist es realistisch, dass nach der doppelten Revision die privaten Mobiltelefone von Medienschaffenden oder NGO-Mitarbeitenden überwacht werden dürfen?

Das scheint mir leider gar nicht unrealistisch. Darauf deuten auch die aktuellen Grossinvestitionen des NDB in KI-Instrumente hin, die riesige digitale Datenmengen durchforsten und strukturieren können. Die Heuhaufen werden immer grösser und die Mistgabeln zugleich immer feiner. Die zentrale Frage aber bleibt, wer die notwendigen Algorithmen nach welchen Parametern programmiert. Und wer diese Digitalüberwachung mit welchen Mitteln überwacht.

Zuletzt hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Fiche von Public Eye nochmals kristallklar konstatiert, dass der NDB bei der Datenerfassung und -speicherung seine gesetzlichen Kompetenzen systematisch überschritten hat. Deshalb nochmals die Ausgangsfrage: Warum gibt es nicht mehr Widerstand gegen den geplanten Kompetenzausbau dieser offenkundig nicht vertrauenswürdigen Sicherheitsbehörde? Unter dem Deckmantel von Terrorbekämpfung und Staatsschutz kann man politisch heute fast alles machen. Das weiss auch die zuständige Teflon-Bundesrätin, an der alle Kritik abperlt, auch die von Ver-

teidiger*innen der demokratischen Grundrechte. Die oberste Nachrichtendienstchefin Viola Amherd stiehlt sich einfach aus ihrer Verantwortung. Hinzu kommt die – zumindest bislang – mangelnde direkte Betroffenheit der Bevölkerung. Wie hoch deren Sensibilität eigentlich wäre, konnte man kürzlich beim Skandal um die Gesichtserkennung auf Bahnhöfen sehen.

Welche politische Strategie könnte den Konflikt zwischen Sicherheit und Grundrechten auflösen?

Konkret: Wer verhindert, dass der NDB zum «Staat im Staate» wird? Das genannte Spannungsfeld wird durch Kriege und Krisen immer mehr zum ideologischen Kampffeld zwischen rechts und links. Und seit dem Klimaurteil hat die Spaltung des Parlaments beim Thema Menschenrechte und bei der Respektierung europäischer Gerichte noch zugenommen. Dagegen hilft letztlich nur die Rückbesinnung auf gemeinsame demokratische Grundwerte und eine Stärkung der Kontrollorgane und Belege. Es braucht aber auch solche Belege für Grundrechtsverletzungen durch unseren Geheimdienst, wie Public Eye sie geliefert hat. Und Schweizer Gerichte, die den NDB dafür offiziell rügen. ■

MARIONNA SCHLATTER

Die 43-jährige Landzürcherin ist seit 2019 Nationalrätin und seit diesem Jahr Vizepräsidentin der Grünen. Die Soziologin sitzt unter anderem in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats. Auch ihr Name erscheint in gewissen Datenbanken des NDB.



Angela Mattli leitet den Fachbereich Rohstoffe, Handel und Finanzen.

Mosambik und die Credit Suisse: der Tragödie x-ter Teil

Mosambik leidet unter den Folgen von Krediten, bei denen Bestechung im Spiel war und die auch von einer britischen Tochter der Credit Suisse stammten. Public Eye erstattete Strafanzeige. Nach einer manipulierten Wahl ist das bitterarme Land politisch in Aufruhr. Im Verfahren tut die UBS schwierig.

Ein Freund aus Mosambik schickt mir gerade einen Hilferuf: Nach den Wahlen vom 9. Oktober wurde der Kandidat, der seit 49 Jahren regierenden Frelimo zum Sieger erklärt. Die EU-Beobachterkommission drückte allerdings Bedenken aus: Stimmen wurden falsch gezählt, Ergebnisse «korrigiert». Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst. Die Rechtsberater eines unabhängigen Kandidaten und einer Oppositionspartei wurden gar ermordet, was der UNO-Generalsekretär «aufs Schärfste verurteilt» hat.

Als die Menschen protestieren, wird das mobile Internet abgestellt. Dies macht es für die Opposition ungleich schwieriger, sich zu organisieren. Anfang November berichteten internationale Organisationen von mindestens zehn Todesopfern, Dutzenden Verletzten und Hunderten Inhaftierten.

Mein Freund hat Angst. Angst vor einem Bürgerkrieg und noch mehr Leid in seinem ohnehin geplagten Land.

Wie Thunfisch ins Elend führte

Ab 2013 gaben eine britische Tochter der Credit Suisse und die russische Investmentbank VTB Capital dem ostafrikanischen Land geheime Kredite von über 2 Milliarden US-Dollar (über 6 % des Bruttoinlandsprodukts) zum Kauf von Booten für Thunfischfang und Küstenschutz. Satt 150 Millionen US-Dollar flossen an mosambikanische Amtsträger und weitere 50 Millionen US-Dollar an zwei Mitarbeiter der Credit Suisse in London. Mehr als eine halbe Milliarde US-Dollar bleiben unauffindbar. Die gekauften 41 Boote waren überbeuert und unbrauchbar. Sie verrotten im Hafen von Maputo.

Im Jahr 2016 kamen die am Parlament vorbei gemachten Geschäfte ans Licht. Die Folgen waren dramatisch. Neben der massiven Belastung durch die Kredite selbst entzogen internationale Organisationen die Unterstützung. Mehr als zwei Millionen Menschen stürzten in die Armut. Die politische, soziale und wirtschaftliche Lage ist seitdem angespannt. Die Regierung begegnet Demonstrationen mit Gewalt, es gibt Verletzte und Tote.

Die Weltbank beschreibt es so: «Nach den Enthüllungen wertete die Währung drastisch ab, die Inflation schnellte in die Höhe, der fiskalische Spielraum schrumpfte, das durchschnittliche jährliche Wachstum halbierte sich von 7,7 % zwischen 2000 und 2016 auf 3,3 % zwischen 2016 und 2019, und ausländische Direktinvestitionen versiegten, da die Investoren das Vertrauen verloren.» Davon hat sich das Land bis jetzt nicht erholt. Vielmehr ist ein neuer Konflikt entstanden: Islamisten terrorisieren die Provinz Cabo Delgado, die sich nach dem Fund von Erdgasvorkommen eigentlich einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung versprochen hatte. Die Betroffenen sehen dies als direkte Folge der Vernachlässigung durch eine Regierung, die sich nie um die Region geschert hat. Auch weil sie nicht die Mittel dazu hatte.

Eine juristische Welttournee

Public Eye reichte im Jahr 2019 eine Strafanzeige gegen die Credit Suisse ein, woraufhin die Bundesanwaltschaft ein Jahr später ein Strafverfahren wegen Geldwäscherei eröffnete.

Seit Jahren beschäftigt die Affäre Gerichte und Behörden rund um die Welt. Drei Mitarbeitende der



Medizinisches Personal demonstriert am 5. November 2024 in Maputo mit der mosambikanischen Nationalflagge gegen Menschenrechtsverletzungen und den Mangel an Demokratie im Land aufgrund der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von Anfang Oktober.

Credit-Suisse-Tochter und zwölf Mittäter aus Mosambik wurden inzwischen verurteilt. Die Credit Suisse zahlte über 500 Millionen US-Dollar Busse und Schadensersatz und erliess dem Land einen Teil der Schuld; der Umfang des Schuldenerlasses ist unbekannt.

Üble Winkelzüge der UBS

Ende Oktober gab es wieder Neuigkeiten. Diesmal aus dem friedlichen Bellinzona. So wurde publik, dass die Bundesanwaltschaft im September 2023 ein weiteres Strafverfahren gegen noch unbekannte Mitarbeitende der Credit Suisse wegen Geldwäscherei eingeleitet hatte.

Als die Bundesanwaltschaft im Rahmen der Ermittlungen interne Informationen anforderte, stellte die UBS sie auf einem passwortgeschützten Datenträger zu. Ohne Passwort. Weil ja Geschäftsgeheimnisse oder Anwaltsbriefe in den Unterlagen stecken könnten, so die Argumentation jener Bank, die das Erbe der Credit Suisse verwaltet. Dafür legte die UBS zwar keinerlei Details vor. Aber es könnte ja sein. Und deshalb soll die Bundesanwaltschaft zwar den Datenträger anschauen dürfen, nicht aber die Daten.

Das Bundesstrafgericht hat diesem grotesken Vorgehen einen Riegel vorgeschoben. Die UBS muss die Daten herausgeben. Richtig so!

Man könnte vielleicht sagen, dass so was zum üblichen Hin und Her in einem Strafprozess gehört. Dass es

das gute Recht der letzten Schweizer Grossbank sei, «schwierig zu tun». Aber man muss ja nicht jede juristische Finte nutzen.

Die Credit Suisse existiert nicht mehr. Die Bankenlobby betont immer wieder, dass Regelverstöße auf einzelne «faule Äpfel» zurückzuführen seien. Die Credit Suisse hat der Finma, dem Eidgenössischen Finanzdepartement und damit letztlich auch der Bundesanwaltschaft umfassende Unterlagen herausgegeben. Was gibt es da also noch zu verbergen?

Mosambik steht am Abgrund. Die von der Credit Suisse vergebenen Kredite haben massgeblich dazu beigetragen. Und die selbst nicht einmal beteiligte UBS spielt juristische Spielchen, statt die Karten offen auf den Tisch zu legen. Damit sendet sie intern und extern das Signal, dass sie Fehlverhalten nicht aufdecken will. Dass sie keine Verantwortung übernehmen will. Dass sie Straftäter schützt.

Ist das die Bank, die die Schweiz retten wollte?



Den Blog «Standpunkte» können Sie auf unserer Website abonnieren: publiceye.ch/blog

Babynahrung: Skandalzucker mit einer Petition zurück an den Absender Nestlé in Vevey

Die Untersuchung von Public Eye und IBFAN, die Nestlés Doppelmoral beim Zuckerzusatz in der Babynahrung aufgedeckt hat, löste weltweit eine Welle der Empörung aus. Public Eye hat Nestlé im Oktober eine Petition mit über 105 000 Unterschriften übergeben. Darin wird der Konzern aufgefordert, den Zusatz von Zucker in Babynahrung weltweit einzustellen. Mit einer Aktion vor dem Nestlé-Hauptsitz in Vevey prangerte Public Eye die ungerechtfertigten und schädlichen Praktiken an, welche die Gesundheit von Millionen von Babys in Ländern mit niedrigerem Einkommen gefährden.

LAURENT GABERELL

Anfang Oktober in Vevey. Ein Lastwagen mit dem Slogan «Für Nestlé sind nicht alle Babys gleich süss» fährt die Avenue Nestlé hinauf, während Passant*innen neugierig zuschauen. Geladen hat der Lkw 40 Kubikmeter leere Kartons, die 10 Millionen Zuckerwürfel symbolisieren. Dies entspricht der Menge an zugesetztem Zucker in der Cerelac-Babynahrung, die Nestlé täglich in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Afrika, Lateinamerika und Asien verkauft. In der Schweiz und in den wichtigsten europäischen Märkten werden vergleichbare Produkte jedoch ohne Zuckerzusatz verkauft, wie wir im April in einer weltweit beachteten Untersuchung aufgedeckt haben.

Mit dieser Rücksendung an den Absender prangerten Public Eye und seine Partner, das Internationale Aktionsnetzwerk für Babynahrung (IBFAN) und die Organisation Ekō, die durch Nichts zu rechtfertigende Doppelmoral von Nestlé an und erinnerten den Lebensmittelriesen daran, dass seine missbräuchlichen Praktiken negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Millionen von Kindern in Ländern mit niedrigerem Einkommen haben. Vertreter*innen des multinationalen Konzerns wurde eine von mehr als 105 000 Menschen unterzeichnete Petition überreicht, in der Nestlé aufgefordert wird, seiner Verantwortung gerecht zu werden und weltweit auf den Zusatz von Zucker in Babynahrung zu verzichten.

Obschon Nestlé sich bereit erklärte, unsere Petition entgegenzunehmen, stiess unser Appell auf taube Ohren. Der Konzern bestreitet weiterhin die Existenz

einer Doppelmoral und behauptet, «allen Kindern die bestmögliche, wissenschaftlich fundierte Ernährung zu bieten, damit sie gesund aufwachsen können». Das Unternehmen versteckt sich hinter der Einhaltung der Gesetze in den Ländern, in denen es tätig ist, und hebt seine Bemühungen hervor, die in den letzten Jahren zu einer «signifikanten Reduktion» des Zuckerzusatzes geführt haben sollen. Angesichts des Ausmasses des Skandals kündigte Nestlé jedoch die Einführung von Alternativen ohne Zuckerzusatz in einigen Märkten an, insbesondere in Indien, wo die Enthüllungen für fette Schlagzeilen sorgten und die Aktie des Unternehmens abstürzte.

Denn Nestlé, das sich als weltweit führendes Unternehmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Wellness profilieren will, steht unter Druck. Seine Praktiken sind zwar legal, verstossen aber gegen die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die den Zusatz von Zucker in Babynahrung ausdrücklich verbieten. Nestlés Verhalten hat in Ländern, in denen die Fettleibigkeit ein massives Problem darstellt, heftige Reaktionen hervorgerufen und das Gefühl vermittelt, dass für das Schweizer Unternehmen die Gesundheit von Kindern in Ländern mit niedrigerem Einkommen keine Rolle spielt. Angesichts des öffentlichen Unmuts

→ Impressionen von der Aktion von Public Eye vor dem Hauptsitz von Nestlé in Vevey.



kündigten die Behörden mehrerer Länder die Einleitung von Untersuchungen an, während sich die Boykottaufrufe in den sozialen Netzwerken häuften.

Und das Beste daran ist, dass der multinationale Konzern, der sich auf seiner Schweizer Website rühmt, «den Verbrauchern bei der Wahl einer ausgewogenen Ernährung zu helfen» und «klare und transparente Nährwertangaben zu machen», alles daransetzt, den Zuckerzusatz in seinen anderswo verkauften Babyprodukten zu verschleiern. Nestlé zögert nicht, sie als «gesund» und «reich an Nährstoffen, die für die Entwicklung von Babys wichtig sind», zu bewerben, obwohl sie hohe Zuckerverhalte enthalten. Im Juni haben Public Eye und IBFAN das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) aufgefordert, diese unfairen und irreführenden Geschäftspraktiken zu unterbinden, die dem Ruf der Schweiz schaden.

In seiner Antwort auf eine ebenfalls im Juni eingereichte Anfrage im Nationalrat erinnert der Bundesrat daran, dass das Schweizer Lebensmittelrecht für Produkte gilt, die auf dem Schweizer Markt in den Verkehr gebracht werden, nicht aber für jene, die im Ausland verkauft werden. «Es liegt in der Verantwortung der Gesetzgeber der betroffenen Länder, die in ihrem Gebiet geltenden Vorschriften festzulegen», sagt er in seiner Antwort. «Eine international tätige Firma wie Nestlé entscheidet frei über ihre Handelsbeziehungen und hat dabei die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben der Absatzländer einzuhalten.» Die Schweiz als Land, in dem der weltweite Marktführer für Babynahrung seinen Hauptsitz hat, fühlt sich also nicht verantwortlich.

Weiter weist der Bundesrat darauf hin, dass sich die Schweiz «aktiv» an den Arbeiten des Codex Alimentarius beteilige, in dem die Standards festgelegt werden, die für

den internationalen Handel mit Lebensmitteln gelten. Die Codex-Standards, die mit den Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) an Bedeutung gewonnen haben und weltweit vielfach als Grundlage für nationale Gesetze dienen, tolerieren Zuckerzusatz in Babynahrung bis zu bestimmten, für jede Produktart festgelegten Grenzwerten. Aus diesem Grund ist der Zusatz von Zucker in Babynahrung in den meisten Ländern weiterhin erlaubt.

Der Codex wurde lange Zeit für seine undurchsichtige Arbeitsweise sowie den grossen Einfluss der Industrie auf seine Arbeit kritisiert. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass seine Standards – und in der Folge die nationalen Gesetze – weniger weit gehen als die Richtlinien der WHO. Die Standards für Babynahrung wurden von der WHO scharf kritisiert und als «unan gemessen» bezeichnet, dies insbesondere beim Zucker, da «Kinder ihre Ernährungsvorlieben früh im Leben festlegen». Die UNO-Agentur fordert, dass die Standards überarbeitet und an ihre eigenen Richtlinien angepasst werden, wobei der Schwerpunkt auf dem Verbot von Zuckerzusatz liegen soll.

Wird dieser Appell gehört werden? Angesichts der weltweiten Adipositasepidemie, von der mittlerweile über eine Milliarde Menschen weltweit betroffen sind, scheinen sich die Fronten endlich zu bewegen. An seiner letzten Sitzung im Oktober beschloss das Codex-Komitee für Kinderernährung mit Unterstützung der Schweizer Delegation, einige seiner problematischsten Standards zu aktualisieren – darunter auch die Standards für Kinderzerealien, die bis zu 30 % Zuckerzusatz in bestimmten Produkten zulassen. Die Gelegenheit, endlich mit dem Zuckerzusatz in Babynahrung auf der ganzen Welt Schluss zu machen. ■





Freiwillige auf den Spuren von Winterthurs Kaffeegeschichte

Kaffee ist in aller Munde – auch viele Freiwillige der Regionalgruppe Winterthur geniessen ihren täglichen Morgenkaffee. Doch sie interessieren sich auch für die Hintergründe und die Geschichte des Wachmachers. Auf der Basis aufwendiger Recherchen und mit einer gehörigen Portion Kreativität entstand das Projekt «Kaffee & Winterthur – Die andere Stadtführung». Auf dem etwa eineinhalbstündigen Rundgang zu verschiedenen Schauplätzen Winterthurs erfährt die interessierte Öffentlichkeit Wissenswertes, Kurioses und Empörendes über die Verbindung der Eulachstadt zu Kaffee.

Mit dem Thema Kaffee scheint die Regionalgruppe einen Nerv zu treffen – das Interesse war so gross, dass zusätzliche Führungstermine nötig wurden. An insgesamt sieben Führungen spazierten rund 180 Personen vom Winterthurer Lindengutpark, einst im Besitz einer einflussreichen Industriellenfamilie, zum Claro-Laden und weiter bis zur Kesselschmiede, wo sich hinter einem unscheinbaren Firmenlogo der Sitz des weltweit tätigen Winterthurer Kaffeehändlers Volcafe verbirgt.

Im Frühling 2025 will die Regionalgruppe Winterthur ihre Kaffee-Stadtführungen wieder aufnehmen. ■



Interessiert? Hier geht es zur Warteliste.
publiceye.ch/kaffee-winti

Nach 142 Jahren: Aus für thermische Kohle in Grossbritannien

Das Datum ist historisch: Am 30. September hat das Vereinigte Königreich sein letztes Kohlekraftwerk in Ratcliffe-on-Soar abgeschaltet, das in der Grafschaft Nottinghamshire steht und acht mächtige Kühltürme aufweist. Im Herzen des Landes, in dem 1882 in London das weltweit erste Kohlekraftwerk seinen Betrieb aufgenommen hatte.

Damit vollzieht Grossbritannien die Energiewende ein Jahrzehnt früher als die anderen Industrienationen der G7. Das ist eine gewaltige Leistung, denn noch in den 1990er-Jahren entfielen zwei Drittel des britischen Strommixes auf den umweltschädlichsten fossilen Energieträger. Historisch und weltweit gesehen ist die Kohleproduktion nur gestiegen und hat 2023 ein Allzeithoch von fast 9 Milliarden Tonnen erreicht.

Wird das britische Beispiel zukünftige Generationen inspirieren können, während überall auf der Welt Kohlebergwerke eröffnet werden? Das Kraftwerk Ratcliffe-on-Soar soll in eine Anlage zur Herstellung von Wasserstoff umgewandelt werden und dereinst bis zu 8000 Menschen Arbeit bieten. Das wären deutlich mehr als die 3000 Mitarbeitenden, die das Kohlekraftwerk zu seinen Spitzenzeiten beschäftigte.

Public Eye hat im November 2022 mit dem Report «Die Schweiz auf ihrem Kohleberg» die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kohle untermauert. ■

Der aktuelle Podcast:

In Xinjiang tritt China die Menschenrechte mit Füßen

Die Uigur*innen in China leiden unter einem totalitären Überwachungsstaat, der sie systematisch unterdrückt. Ihr Alltag ist geprägt von Internierungslagern, digitaler Überwachung und Zwangsarbeit. Was steckt hinter Chinas Vorgehen? Was geschieht hinter den Mauern der sogenannten Umerziehungslager? Selina Morell, Chinaexpertin bei der Gesellschaft für bedrohte Völker, spricht mit Moderator Nico Meier über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und darüber, wie internationale Unternehmen davon profitieren und welche Hebel Staaten wie die Schweiz haben, um den Druck auf China zu erhöhen. ■



Sehen Sie den Podcast zur Unterdrückung der Uigur*innen:
<https://peye.link/uiguren>



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Bestellen Sie gratis unser neues Geldwäschereispiel FortUNO



Public Eye präsentiert exklusiv das Kartenspiel **FortUNO**. Ziel des Spiels ist es, so schnell wie möglich gescheffelttes Schwarzgeld loszuwerden – und zusammen mit der Schweizer Anwaltslobby zu verhindern, dabei erwischt zu werden.

Das Spiel ist geeignet für Geldwäscher, Finanzanwält*innen, Parlamentarier*innen und Bundesrätinnen (und alle anderen) von 9 bis 99 Jahren, die Spielregeln sind ähnlich wie bei UNO oder Tschau Sepp.

FortUNO ist zwar ironisch-witzig – basiert aber auf wahren Begebenheiten. Millionen Menschen leiden heute unter den Folgen von Korruption und anderen Formen von Wirtschaftskriminalität. Die Bekämpfung von Geldwäscherei ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen diese Machenschaften!



Bestellen Sie gratis das Spiel unter:
publiceye.ch/fortuno

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



publiceye.ch

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

[publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.facebook.com/PublicEye) [@publiceye_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@publiceye_ch](https://www.youtube.com/channel/UC...) [@publiceye_ch](https://www.tiktok.com/@publiceye_ch) [@publiceye_ch](https://www.pinterest.com/publiceye_ch)